

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 187 · 16. JAHRGANG · AUSGABE 8/2010 · VOM 13. AUGUST 2010 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Bürgermeister soll  
Zensurbehörde werden**  
Der Landrat verteilt Befehle

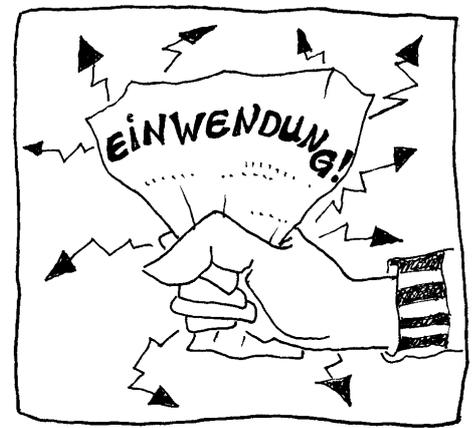
6 | **Der Landrat und  
die Oderberger Schulden**  
Eine unendliche Geschichte

12 | **Besser Exit  
als Exitus**  
Die Bundeswehr am Hindukusch (3)

## Der Konflikt um die 380-kV-Freileitung tritt in die entscheidende Phase:

Eberswalde (Hl). Das Planfeststellungsverfahren ist beantragt, die Auslegungs- und Einwendungsfrist für die Planung läuft vom 16. August bis zum 29. September 2010. Die Planung und ihre Erläuterungen liegen nicht nur im Amt Britz-Chorin-Oderberg aus, sondern in allen von der Trassenplanung betroffenen Ämtern und Städten, also auch in Eberswalde und Schorfheide.

## Bürger, nutzt eure Beteiligungsrechte!



Zeichnung: M. Kattner

Vor allem die Trassenanwohner sollten als unmittelbar und persönlich Betroffene von ihrem Recht, Einwendungen gegen die Planung vorzubringen, Gebrauch machen. Darüber hinaus kann aber jeder, dem das Wohl der Region am Herzen liegt, Einwendungen gegen die Planung erheben, indem er energiepolitische, ökologische und wirtschaftliche Gründe anführt.

### Einwendungen sind kostenfrei.

Einwendungen sind an das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe, Inselstr. 26, 03046 Cottbus (Fax: 0355/48640-510) zu richten oder bei den Auslegungsstellen schriftlich einzureichen.

Die Einwendung muß den Namen und die Anschrift des Einwenders enthalten und Art und Ausmaß der Beeinträchtigung erkennen lassen.

Die Einwendungen müssen bis zum 29.09.2010 beim Bergamt eingegangen sein. Später eingehende Einwendungen werden im Planfeststellungsverfahren nicht berücksichtigt.

Einwände, die nicht fristgerecht erhoben werden, können auch in einem späteren Verwaltungsverfahren nicht mehr vorgebracht werden.

**Nicht über unsere Köpfe – keine 380-kV-Freileitung durch Wohn- und Schutzgebiete!**

(Seite 7)

## Aktionstag und öffentliche Anhörung

### Aktionstag am Dienstag, den 31. August, in Eberswalde und Angermünde

Auf den Marktplätzen in Eberswalde und Angermünde tritt das Ensemble »Spilwut« auf. Musikalisch begleitet steht darin ein bedrohlicher Stelzenmann als Symbol für die geplanten Riesenmasten der Leitung in Barnim und Uckermark. Die Uhrzeit der Vorstellungen geben wir Ihnen noch bekannt.

Begleitet wird die Aktion von einem Informationsstand. Dort wird es die Gelegenheit geben, schriftliche Einwände gegen die geplante Freileitung abzugeben. Dies ist Bürgerrecht im Planfeststellungsverfahren.

### Öffentliche Anhörung am Mittwoch, 1. September um 16 Uhr in der Klosterkirche in Angermünde, Klosterstraße

Eine öffentliche Anhörung ist im Planfeststellungsverfahren neuerdings nicht mehr vorgeschrieben. Sie wird auch nicht stattfinden, hieß es aus den zuständigen Brandenburger Ministerien. Die Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat« veranstaltet trotzdem eine Anhörung, um Argumente für und gegen die Freileitung auszutauschen.

Eingeladen sind Vertreter von 50 Herz Transmission sowie deren Gutachter, Bürger, Unternehmen, Gemeinde, Städte und Landkreise sowie die Naturschutzverbände mit ihren Gutachtern Prof. Lorenz Jarass (Wiesbaden), Dr. med. Gerd Oberfeld (Salzburg), Dr. Martin Flade (Landesumweltamt) und Dr. Eberhard Henne (ehem. Leiter des Biosphärenreservates), der Wirtschaftsminister und die Umweltministerin, Bergbauamt und Landesumweltamt mit seinen Abteilungen Naturschutz und Forst, die Verwaltung des Biosphärenreservats, die regionale Planungsgemeinschaft, die Gemeinsame Landesplanung Berlin – Brandenburg sowie Tourismus- und Landwirtschaftsvertreter.

Die Anhörung wird rund sechs Stunden dauern und folgende Themenfelder umfassen: Notwendigkeit der Freileitung, Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, die Natur und das Landschaftsbild. Wir glauben, daß dabei deutlich wird, welche Alternativen es zur jetzigen Planung gibt, daß sie machbar und finanzierbar sind und weder die Gesundheit gefährden noch die Natur und Umwelt in so hohem Maße beeinträchtigen.

SUSANNE EHLERDING

## Doppelmoral

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, mit welcher unterschiedlichen Maßstäben die Vergangenheit in beiden deutschen Staaten nach der Wende aufgearbeitet wurde, so ist es die braune Vergangenheit des BND in der Bundesrepublik. Ich halte es für beschämend, daß 20 Jahre vergehen mußten, bevor nun durch die Öffnung eines Teiles des Stasi-Archives bekannt wurde, daß 400 Mitarbeiter des Nazi-Geheimdienstes – darunter SS-Kriegsverbrecher – von westdeutschen Geheimdiensten übernommen und vor einer Verfolgung bis zur Gegenwart geschützt wurden und werden.

Dazu nur wenige Fakten unter vielen, die eine solche Feststellung eindeutig belegen: So beschäftigte das Bundesamt für Verfassungsschutz den ehemaligen SS-Sturmbannführer Fischer, der in dem für Konzentrationslager zuständigen Wirtschaftsverwaltungs-Hauptamt der SS tätig war. Er war später in Auschwitz für den Einsatz von Giftgas für die Massenvernichtung zuständig. Da gab es einen stellvertretenden Reichsjugendführer und Nazi-Gauleiter Lauterbacher in der Organisation Gehlen. Ein gewisser Herr Hentgens war beim BND in leitenden Funktionen tätig, obwohl er nach Kriegsende in Frankreich wegen Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt worden war.

Was ist das für eine heuchlerische Doppelmoral der Bundesregierung und vor allem des Herrn Gauck und der Frau Birthler als Leiter der Stasiunterlagen-Behörde, wenn das mit ihrem Vorgehen bei der Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit in der DDR verglichen wird. Kaum vorstellbar, was Herr Gauck oder Frau Birthler in der Öffentlichkeit veranstaltet hätten, wenn solche ehemaligen SS-Kriegsverbrecher oder KZ-Verantwortliche bei der Stasi tätig gewesen wären. Das hätten sie wohl kaum 20 Jahre als geheim eingestuft und bewußt vor der Öffentlichkeit verschwiegen.

Völlig unverständlich ist, daß ein Teil der Stasi-Akten über die Tätigkeit von Nazis in westdeutschen Geheimdiensten auch nach 20 Jahren immer noch geheim gehalten werden. Haben die westdeutschen Geheimdienste noch mehr prominente »Leichen im Keller« und sollen ehemalige Nazi-Agenten mit dicken Pensionen weiterhin geschützt werden«

GISELA KOCH

## Vereine sollen fusionieren

**Eberswalde (bbp).** Die Sportförderrichtlinie der Stadt Eberswalde soll überarbeitet werden. Dies erklärte der Erste Beigeordnete der Stadt Eberswalde Lutz Landmann auf der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 24. Juni. Derzeit werde in der Verwaltung geprüft, inwieweit Vereinsfusionen gefördert werden könnten. Hintergrund sind Überlegungen, wonach durch die Zusammenlegung von Sportvereinen Einsparpotentiale im städtischen Haushalt erzielt werden könnten.

Weltfriedenstag am 1.9.:

## Frieden – nur ein schönes Wort?

Frieden – das ist ein schönes Wort für alle, die in der Deutschen Demokratischen Republik zur Humanität und zum friedlichen Denken erzogen wurden. Schon als Pioniere haben wir das Lied von der kleinen weißen Friedenstaube gesungen. Und auch das Lied zu den III. Weltfestspielen 1951 in Berlin, »Freundschaft, Frieden, Einheit«: Für den Frieden der Welt steht die Menschheit auf Wacht – und das haben wir in den 40 Jahren, in denen die DDR existierte, auch geschafft. Auf diese Leistung können wir heute noch stolz sein.

Daran anknüpfend wird in Vorbereitung des diesjährigen Weltfriedentages am 1. September, schon am 28. August in Strausberg ein Friedensfest vieler fortschrittlicher Organisationen stattfinden.

Mein Großvater sagte immer: Der Frieden kann erhalten und gefestigt werden, wenn die Völker die Erhaltung des Friedens in ihre Hän-

de nehmen und den Frieden bis zum äußersten verteidigen. Nun gibt es immer wieder Menschen, die vom Frieden nicht viel halten, andere Menschen sterben lassen und am Krieg und der Produktion von Panzern und Flugzeugen verdienen. Das muß endlich ein Ende haben.

In Potsdam wurde 1945 beschlossen, daß auf deutschem Boden kein Kriegsgerät mehr hergestellt werden soll. Doch heute gehört die BRD zu den führenden Waffenexporteuren auf der Welt und die Bundeswehr »verteidigt« uns am anderen Ende der Welt. Die Friedenskräfte in Deutschland müssen wieder aktiver werden. Die Proteste für die »Freie Heide« haben gezeigt, daß Erfolge möglich sind.

Nutzen wir den Weltfriedenstag am 1. September, damit Frieden nicht nur als schönes Wort in Erinnerung bleibt, sondern zur Realität wird.

NORBERT GLASKE

## Beratung für Erwerbslose

**Eberswalde (cz).** Am 5. August erfolgte der Startschuß für die ehrenamtliche Beratung von Erwerbslosen und von Erwerbslosigkeit bedrohten ver.di-Mitgliedern. Diese findet zukünftig vierzehntägig immer donnerstags in der Zeit von 14-17 Uhr in der Eberswalder Geschäftsstelle des ver.di Bezirkes Uckermark-Barnim, in der Friedrich-Ebert Straße 2 statt.

Potentielle NutzerInnen der Sprechstunden bitten wir wenn möglich dies in der Geschäftsstelle per Telefon, per Fax oder per E-Mail anzuzeigen (Tel.: 03334/5859-0, Fax: 03334/5859-60, eMail: bz.uckermark-barnim@verdi.de). Ansprechpartner sind Grischa Hochsieder und Carsten Zinn.

Seit 20 Jahren:

## Erlebnisfreizeiten des ABB

**Altenhof (b90/grüne).** 230 Kinder und Jugendliche haben an der diesjährigen integrativen Freizeit vom 10. Juli bis zum 7. August teilgenommen. Finanziert wird die Erlebnisfreizeit aus Lottomitteln des Landes, durch den Allgemeinen Behindertenverband Land Brandenburg e.V. (ABB e.V.) und durch Spenden.

1991 gaben Uta und Thomas Kroop den Anstoß für die Erlebnisfreizeit. Seither opfern sie Jahr für Jahr einen Teil ihres Urlaubs, um die Freizeit zu organisieren und zu begleiten. Im Mai diesen Jahres wurde das Ehepaar Kroop für sein Engagement mit der »Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland« ausgezeichnet. Am 27. Juli gratulierte die bündnisgrüne Bundestagsabgeordnete Cornelia Behm zum Jubiläum.

**Neue Anschrift: Bündnis 90/Die Grünen Barnim,**  
Friedrich-Ebert-Str. 2, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334-384074, Fax: 03334-384073, www.gruene-barnim.de

Freie Oberschule Finow:

## Umzug ins Obergeschoß



**Finow (at).** Zu Beginn des Schulbetriebes in der Freien Oberschule Finow im August 2009 stand für den Unterricht nur das Erdgeschoß zur Verfügung. Für die Nutzung der Obergeschosse fehlte noch ein zweiter Rettungsweg. Dieser ist nun mit dem Anbau einer Fluchttreppe (siehe Foto) realisiert worden. Dies und die Umsetzung weiterer Sicherheitsmaßnahmen ermöglichte jetzt die Freigabe der oberen Etagen für den Schulbetrieb. Dem Beginn den zweiten Schuljahres an der Freien Oberschule steht nichts mehr im Wege. Nach dem Wechsel des ersten Jahrganges von Klasse 7 in Klasse 8 wächst dieser auf 14 Lernende an. In der neuen 7. Klasse werden nach aktuellem Stand 20 Schülerinnen und Schüler lernen.

Der Landrat als »untere Landesbehörde« weist an:

## ***Bürgermeister soll Zensurbehörde werden***

Die Regelung in der Hauptsatzung der Stadt Eberswalde, wonach die Fraktionen sowie die Ortsbeiräte und Ortsvorsteherinnen/Ortsvorsteher zur Unterrichtung der Einwohnerinnen und der Einwohner der Stadt Eberswalde über ihre Tätigkeit monatlich einen Beitrag im Amtsblatt für die Stadt Eberswalde veröffentlichen können, ist nicht zu beanstanden. Zu diesem Ergebnis kam Landrat Bodo Ihrke in seiner Funktion als untere Kommunalaufsicht – zähneknirschend – nach Rücksprache mit dem Brandenburgischen Ministerium des Innern.

Im kreislichen Amtsblatt wurde diese Form der Unterrichtung der Einwohnerinnen und Einwohner schon vor Jahren auf Betreiben des Landrates eingestellt. In diesem Jahr sollten die Wortmeldungen der gewählten Volksvertreter auch im Verantwortungsbereich der Stadt Eberswalde verboten werden. Dieses Ansinnen scheiterte nun.

Allerdings zeigt sich der Landrat als schlechter Verlierer. Wortreich läßt er seinen Dezerenten für Öffentliche Ordnung und Finanzen »höchst vorsorglich« in einem Schreiben an die Stadt Eberswalde erklären, daß allein aus einer fehlenden Beanstandung von angezeigten Satzungen nicht geschlossen werden könne, daß diese rechtskonform seien. Denn es bestehe keine Prüfungspflicht, wohl aber ein unbefristetes Beanstandungsrecht durch den Landrat.

In der Hauptsache abgewiesen, wird nunmehr das Ziel, den politischen Vertretern der Stadt politische Äußerungen im Amtsblatt zu untersagen, auf Umwegen weiterverfolgt. Die Bekanntmachungsverordnung des Landes defi-

niert den Inhalt eines möglichen nichtamtlichen Teils eines Amtsblattes dahingehend, daß dort »ortsspezifische Nachrichten und Hinweise auf Veranstaltungen« enthalten sind. Die Landratsbehörde formuliert das um, indem sie den Text der Verordnung dahingehend »verbessert«, daß NUR ortsspezifische Nachrichten und Hinweise auf Veranstaltungen abgedruckt werden DÜRFEN. Sodann versteigt sich der Landrat in seinem Brief dazu, zu definieren, was unter Nachrichten zu verstehen sei. »Nachrichten stellen im Gegensatz zu Stellungnahmen und Kommentaren Neuigkeiten bzw. Sachverhalte objektiv und frei von subjektiven Einflüssen dar.« Hier wird auf die in der Presse üblichen Trennung von Nachricht und Kommentar Bezug genommen, dabei allerdings ausgeblendet, daß dort die journalistischen Kommentare der Zeitungsmacher gemeint sind. Im Nachrichtenteil der Zeitungen hingegen wird durchaus ausführlich über die Kommentare und Stellungnahmen beispielsweise von Fraktionen berichtet. Das sind Nachrichten, die selbstverständlich auch in den nichtamtlichen Teil eines Amtsblattes gehören – sofern »die Grundsätze der Gleichbehandlung und der Neutralität« beachtet werden, wie es die Bekanntmachungsverordnung fordert. Die Schlußfolgerung der Landratsbehörde, wonach »politische Stellungnahmen, Kommentare und Meinungsäußerungen« der Fraktionen im Amtsblatt »unzulässig« wären, ist eine sonderbare Eigeninterpretation und eine Anmaßung gegenüber den gewählten Stadtverordneten und gegenüber den informationshungrigen Bürgerinnen und Bürgern der

Stadt Eberswalde. Zur »Unterrichtung der Einwohner über die Tätigkeit der Fraktionen, Ortsbeiräte und Ortsvorsteher« gehört selbstverständlich auch die Unterrichtung über deren Meinung zu bestimmten kommunalpolitischen Themen.

Doch nicht nur, daß der Landrat den Stadtverordneten, Ortsbeiräten und Ortsvorstehern dieses Recht bestreitet. Er will zur Durchsetzung seiner Eingriffe in die freie Meinungsäußerung der gewählten Volksvertreter auch eine spezielle Zensurbehörde in der Stadt etablieren. »Für die korrekte Umsetzung der Satzungsregelung ist es allerdings notwendig«, heißt es in dem Brief, »daß vor der Veröffentlichung im Amtsblatt eine Prüfung der einzelnen Berichte der Fraktionen, Ortsbeiräte und Ortsvorsteher auf Objektivität und Sachlichkeit vorgenommen wird, damit die Nutzung des Amtsblattes als politische Plattform ausgeschlossen wird«. Im Klartext heißt das, daß die Beiträge der Volksvertreter künftig vom Bürgermeister der Stadt auf ihren Inhalt und ihre Formulierungen überprüft werden. Der Bürgermeister soll Zensor im Auftrag des Landrates werden.

»Eine Zensur findet nicht statt«, heißt es hingegen im Grundgesetz, in der Brandenburgischen Verfassung und im Brandenburgischen Pressegesetz, das nach der Bekanntmachungsverordnung § 4 Abs. 5 auch für den nichtamtlichen Teil des Amtsblattes gilt. Der Barnimer Landrat stellt sich somit bewußt gegen das Grundgesetz, gegen die Landesverfassung und gegen die Gesetze.

GERD MARKMANN

## ***Für die Bürger völlig unverständlich***

*Stellungnahme der Fraktion der Fraktionslosen zum Eberswalder Bürgerhaushaltsentwurf 2011*

Der vorliegende Entwurf der Verwaltungsvorlage zum Bürgerhaushalt für das Jahr 2011 wird dem Anliegen nicht gerecht, das mit dem Bürgerhaushalt der Stadt erreicht werden soll. Er kann die Einwohnerinnen und Einwohner nicht zur Beteiligung anregen. Die beiden Investitionsübersichten und die Information der Kämmerei, die auf der Internetseite der Stadt als Entwurf des Bürgerhaushalts veröffentlicht wurden, sind für die Einwohnerinnen und Einwohner völlig unverständlich. Die Bezeichnung der Maßnahmen läßt sie nicht erkennen, was der Inhalt und Zweck der Maßnahme ist. Bezeichnungen wie »Hochbau« oder »Tiefbau«, bestenfalls in Verbindung mit dem Ort der Maßnahme, geben den Einwohnerinnen und Einwohnern keine Möglichkeit, die Sinnfälligkeit der Maßnahmen zu beurteilen.

Auch die unter »Erläuterungen« angeführten Hinweise (z.B.: »setzt sich zusammen aus Produktbereich 51 und 54 bzw. Produktgruppe 51.12 und 54.10.«) sind meist wenig erhellend. Eben-

so wenig verständlich sind die Aussagen zur »Art« mit der Angabe von Einzahlungen und Auszahlungen.

Damit entzieht sich der gesamte Verwaltungsentwurf in völliger Ermangelung von notwendigen Informationen dem Beurteilungsvermögen der Einwohnerinnen und Einwohner. Zur Beurteilung des Bürgerhaushaltsentwurfes der Verwaltung ist nur in der Lage, wer durch seine Mitarbeit in städtischen Gremien die hinter der Maßnahmebezeichnung stehenden Investitionsvorhaben kennt und parallel zum Entwurf zu Rate zieht. Dieser Personenkreis ist aber nicht derjenige, der durch den Bürgerhaushalt angesprochen werden soll.

Der vorgelegte Entwurf kann folglich nicht Gegenstand der Bürgerbeteiligung werden. So bleiben nur die Vorschläge, die Einwohnerinnen und Einwohner unabhängig vom vorliegenden Verwaltungsentwurf einreichen.

Eine erfolgreiche Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner an der Erarbeitung des

Bürgerhaushaltes erfordert zunächst fundierte Informationen, die im Verwaltungsentwurf fehlen. Notwendig ist ferner der Disput mit den Einwohnerinnen und Einwohnern über die Vorstellungen der Verwaltung zum Investitionsplan und die darin enthaltenen Maßnahmen (mit dem Angebot von alternativen Maßnahmen zur Auswahl). Diese Informationen und Diskussionen sollten sinnvollerweise in Einwohnerversammlungen – am besten in den Ortsteilen – erfolgen. Die Ergebnisse dieses Diskussionsprozesses sollten schon in den Entwurf des Bürgerhaushaltes einfließen.

Für die weiteren Beratungen über den Bürgerhaushalt 2011 sollte eine Analyse der bisherigen Arbeit mit dem Bürgerhaushalt erstellt werden. Darin sollten die konkreten Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner der Vorjahre abgerechnet werden (Termin der Realisierung, Finanzierungsaufwand, Beurteilung der Wirkung).

ALBRECHT TRILLER **3**

**Dokumentiert:**

**Schriftliche Antwort von Frau Dr. Pischel zur Anfrage von Albrecht Triller:**

*In der jüngsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung stellten Sie eine Anfrage, welche sich auf die Gedankenwelt von Herrn Boginski hinsichtlich der Wahrnehmung der ihm durch den Gesellschaftsvertrag der WHG bzw. der Kommunal Verfassung zugewiesenen Aufgaben bezog. Hierbei wies ich darauf hin, daß gleichartige Wortäußerungen Ihrerseits bereits mehrfach die Stadtverordnetenversammlung beschäftigten und ich beabsichtige, diese nicht mehr zuzulassen. Sie haben daraufhin für alle Beteiligten deutlich wahrnehmbar verkündet, daß Sie an einer Begründung für den geplanten Schritt in der Sitzung kein Interesse besitzen. Diese Haltung ist für mich nicht nachvollziehbar. Ebenso sehe ich keine Veranlassung dafür, daß ich aufgrund dieser ablehnenden Handlungsweise mit Ihnen im Nachgang, wie von Ihnen offensichtlich gewünscht, einen Schriftwechsel zu führen habe. Insoweit betrachte ich den Vorgang als abgeschlossen.*

## Unzulässige Abgeordnetenfrage?

**Eberswalde (bbp).** Die 2008 in Kraft getretene neue Kommunalverfassung des Landes Brandenburg regelt, daß der Bürgermeister die Stadt in ihren Gesellschaften vertritt. Vorher konnte diese Aufgabe auch auf den Hauptausschuß übertragen werden. In Eberswalde war dies in der Hauptsatzung festgeschrieben, was nun nicht mehr gilt. Jetzt ist der Bürgermeister einziger Gesellschaftervertreter und in der Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG) zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrates.

Derart gleichgeschaltet werde der Einfluß von Stadtverordneten stark eingeschränkt, meinte Albrecht Triller (Fraktion der Fraktionslosen) und fragte Bürgermeister Friedhelm Boginski in der StVV am 29. April, ob er schon einmal darüber nachgedacht habe, auf den Vorsitz im Aufsichtsrat zu verzichten, da er als Gesellschaftervertreter ohnehin über das Recht verfüge, an allen Aufsichtsratssitzungen teilzunehmen. Boginskis Antwort lautete schlicht: Nein.

In der folgenden StVV-Sitzung am 27. Mai fragte Triller den Bürgermeister im Zusammen-

hang mit einer anderen Abgeordnetenfrage, ob er inzwischen über den Verzicht auf den Aufsichtsratsvorsitz nachgedacht habe. Die Frage wurde geflissentlich übergangen. Es gab keine Antwort und keinerlei Notiz in der Niederschrift der Stadtverordnetenversammlung.

Am 24. Juni dann ein dritter Versuch, auf seine Frage eine Antwort zu bekommen. Doch diesmal wurde Triller von der StVV-Vorsitzenden Dr. Ilona Pischel (DIE LINKE) unterbrochen. Diese Frage würde sie nicht zulassen. In der Niederschrift der StVV-Sitzung vom 24. Juni heißt es dazu:

*»... Herr Triller bezieht sich auf seine in der Vergangenheit bereits gestellte Frage an Herrn Boginski, ob er Überlegungen hinsichtlich der weiteren Ausübung der Funktion des Vorsitzenden des Aufsichtsrates der WHG mbH angestellt hat. Frau Dr. Pischel äußert hierzu, daß sie die Frage an dieser Stelle für unzulässig erachtet. Herr Triller erklärt im Hinblick auf eine mündliche Begründung durch Frau Dr. Pischel, daß er an dieser kein Interesse hat und eine schriftliche Nachricht erwartet. Frau Dr. Pischel sagt dies zu.«*

## Keine Themenmärkte mehr

*Zusätzliche Verwaltungsstellen geschaffen*

**Eberswalde (bbp).** Die Veranstaltungskoordination im Familiengarten wird künftig von zwei Mitarbeitern des Bürger- und Ordnungsamtes wahrgenommen, die bisher u.a. für die Organisation der Themenmärkte im Rahmen des wöchentlichen Marktgeschehens auf dem Eberswalder Marktplatz verantwortlich waren. Die Themenmärkte werden laut Aussage des Ersten Beigeordneten Lutz Landmann zukünftig nicht mehr stattfinden.

Die Aufgabenumverteilung steht im Zusammenhang mit der Wahl von Edmund Lenke zum hauptamtlichen Personalratsvorsitzenden der Stadtverwaltung. Die bisher von Lenke wahrgenommenen Aufgaben im Amt für Jugend/Bildung und Sport als Sachgebietsleiter und als Jugendkoordinator übernehmen der bisherige Veranstaltungskoordinator des Familiengartens sowie eine weitere Mitarbeiterin. Die bislang als Personalratsvorsitzende agierende Barbara Bunge unterstützt künftig die Beauftragte für Soziale Angelegenheiten Barbara Ebert. Seitens der Betroffenen wird die personelle Stärkung des Bereiches Soziale Angelegenheiten sehr begrüßt.

Durch die zusätzlichen Stellen in der Stadtverwaltung Eberswalde für Aufgaben, die bislang von einem und nun von zwei Mitarbeitern wahrgenommen werden, konnten die Stellen im Bürger- und Ordnungsamt ohne betriebsbedingte Kündigungen gestrichen werden. Die zweimonatige krankheitsbedingte Schließung der Bürgeramts-Außenstellen im Sommer in Finow und im Brandenburgischen Viertel konnte durch die Personalumsetzungen allerdings nicht verhindert werden.

## Beantwortung ohne Antwort

**Eberswalde (bbp).** Die beabsichtigte Vergabe von Leistungen des Quartiersmanagement im Brandenburgischen Viertel an ein externes Büro hatte die Fraktion DIE LINKE in der StVV Eberswalde zu einer Anfrage veranlaßt (vgl. »Doppeltes Quartiersmanagement«, BBP 7/2010). Zur Beantwortung ergriff auf der StVV am 24. Juni der Erste Beigeordnete Lutz Landmann das Wort. Doch beantwortete er keine einzige der vier Fragen. Er informierte lediglich, daß die Maßnahme »Verstetigung« als Schlüsselmaßnahme im Integrierten programmübergreifenden Stadtteilentwicklungskonzept (IPStEK) ausgewiesen sei und die Position von 10.000 Euro ausdrücklich nicht nur für ein Büro, welches extern mit eingesetzt werden soll, sondern der Gesamtmaßnahme »Verstetigung« dienen soll.

Offen bleibt die Frage nach den Gründen, warum zusätzlich zu dem als »effektiv, kostengünstig, aber auch sachgerecht« eingeschätzten Einsatz einer Angestellten der Stadtverwaltung, die Aufgaben des Quartiersmanagements an ein externes Büro vergeben werden. Offen bleibt ebenso die Frage, welche konkreten Aufgaben, die nicht vom vorhandenen Quartiersmanagement erfüllt werden können, durch das externe Büro realisiert werden sollen. Drittens bleibt offen, ob die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel ausreichen, um diese zusätzlichen Aufgaben zu erfüllen und welche anderen Aufgaben aus dem Posten »Verstetigung« noch finanziert werden müssen. Schließlich blieb der Beigeordnete die Antwort auch auf die Frage schuldig, in welcher Form das Quartiersmanagement nach Auslaufen der Förderprogramme weitergeführt werden soll.

## Mitarbeit ohne Mitarbeiter

**Eberswalde (bbp).** Nach Verkauf der Stadtwerke hatte die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung im Jahr 2006 die Aufhebung der seit 1995 geltenden Fernwärmesatzung beschlossen. In einem Bericht 2009 vom Landkreis Barnim veröffentlichten Bericht zu »Energie und Klimaschutz« hieß es, daß die Wärmeversorgung der Stadt Eberswalde in einer Potentialstudie untersucht worden sei. Zu den wesentlichen Erkenntnissen gehörte, daß sich elf Gebiete in Eberswalde eignen, um durch Nahwärmenetze versorgt zu werden. Diese Nahwärmenetze könnten komplett mit Erneuerbaren Energien versorgt werden. Im Rahmen einer Bürgeranfrage erläuterte der Baudezernent, daß sich die Stadt Eberswalde derzeit in einer Arbeitsgruppe an der Erstellung eines Wärme-konzeptes beteilige.

Die Fraktion Bündnis 90/Grüne fragte daher zur Juni-StVV: 1. Wie verteilen sich die elf geeigneten Gebiete innerhalb des Territoriums von Eberswalde? 2. Wann ist mit der Fertigstellung des Wärmekonzeptes zu rechnen? 3. Ist für die Zukunft vorgesehen, den Anschluß an Wärmeversorgungsanlagen z. B. mit einer Satzung zu regeln?

Die Beantwortung der Fragen 1 und 3 verwies der Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff auf später an den abwesenden amtierenden Baudezernenten. Zur Frage 2 teilte Gatzlaff mit, daß die Stelle für den dafür zuständigen Sachbearbeiter nicht besetzt sei. so Gatzlaff, »ob diese Stelle besetzt wird oder nicht«.

Auf den Widerspruch, wie sich die Stadtverwaltung an der Arbeitsgruppe für das Wärmekonzept beteiligt, obwohl die dafür vorgesehene Stelle gar nicht besetzt ist, ging der Verwaltungsdezernent nicht ein.

## Zweifel am Sparwillen der Verwaltung

**Sparen ist selten populär, schon gar nicht dann, wenn vertraute Aufgaben auf den Prüfstand gestellt werden. Mit diesem Problem müssen sich im Augenblick alle Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung auseinander setzen. In der Diskussion treffen folglich die grundsätzlichen politischen Auffassungen aufeinander.**

Nach zwei, von der Verwaltung organisierten Veranstaltungen, in denen alle Ämter ihre Aufgaben und Strukturen einschließlich der von ihnen analysierten möglichen Einsparpotentiale vorstellten, haben wir mit unserer Zusammenarbeit zur Aufgabenkritik verdeutlicht, daß wir bereit sind, über alle Vorschläge zu diskutieren. Allerdings hatten wir gefordert, daß die finanziellen und strukturellen Auswirkungen umfassend und detailliert darzustellen sind. Da das Personal die wichtigste Ressource der Verwaltung ist, hatten wir ebenso gefordert, in keinem Amt/Dezernat die vorhandenen Stellen zu erhöhen und für den Fall, daß dies dennoch aus verwaltungstechnischen Überlegungen heraus erforderlich sein sollte, unter Einbeziehung der StVV einen Nachweis zu erbringen, daß an anderer Stelle entsprechend gespart wird.

Einem Artikel in der Märkischen Oderzeitung (*»Schlagabtausch zum Thema Personal«* vom 23.07.2010) zu Folge, wurden im Rahmen der Fachkräftesicherung kürzlich drei Stellen ausgeschrieben bzw. neu besetzt. Da das Thema Personal und Bezahlung bereits seit Ende vergangenen Jahres im Zusammenhang mit der

Haushaltsplanung auf der Agenda steht, hätten wir uns vorab entsprechende Informationen von der Verwaltung gewünscht. Zu einer transparenten, gleichberechtigt geführten Diskussion gehört unserer Ansicht nach in jedem Fall eine ebenso angelegte Information.

In dem oben genannten Artikel der MOZ wird folgende Aussage von Herrn Gatzlaff zitiert: *»Diese Neueinstellungen waren nur möglich, weil die Mitarbeiter der Rathauses freiwillig eine 38-Stunden-Woche ableisten.«* Als es zum Jahreswechsel 2009/2010 um den Abschluß eines Haustarifvertrages bzw. die Umsetzung der Tarifforderungen von ver.di ging, wurde der Abschluß von Einzelverträgen zwischen Mitarbeitern und der Stadtverwaltung unter anderem mit einem Solidarprinzip der Mitarbeiterinnen zur Verhinderung von betriebsbedingten Kündigungen begründet. Wenn nun die abgeschlossenen Einzelverträge dazu dienen, Neueinstellungen vorzunehmen, stellt sich für uns die Frage, ob auch diese Variante dem Mitarbeiterinnenwunsch entspricht.

Weiterhin zielt die Aufgabenkritik darauf, tatsächlich Aufgaben einzusparen. Mehrfach

wurde betont, daß die Verwaltung nicht in der Lage sei, mit dem vorhandenen Personal zusätzliche Aufgaben zu übernehmen. Am Bahnhofsvorplatz wurden Blumenkübel aufgestellt, diese und die Pflanzflächen unterhalb der Stützmauer zur Eisenbahnbrücke mit Pelargonien bepflanzt. Als Abgrenzung zur Breiten Straße wurden Pflanzkübel mit Buchsbaumkübeln aufgestellt. Auch wenn Blumen und Blumenkübel schön aussehen, stellt deren Aufstellung und Pflege zusätzlichen Aufwand dar.

Diese Zweiteilung, die einen Sparwillen bei den Stadtverordneten auch bei relativ kleinen Positionen (z.B. der viel diskutierte Beitrag zum Klimabündnis, StVV-Beschluß vom 27.05.2010), fordert und die Übernahme von zusätzlichen Aufgaben nach Festlegung durch die Verwaltung, läßt uns an dem ernsthaften Willen zum Sparen zweifeln. Dennoch werden wir uns weiteren inhaltlichen Diskussionen nicht verschließen. Wir erwarten jedoch ab sofort, daß Verwaltung und Stadtverordnete tatsächlich gleichberechtigt am Prozeß der Aufgabenkritik arbeiten.

KAREN OEHLER, Bündnis 90/Die Grünen

## »Aufgabenkritik« verfehlt das Ziel

*DIE LINKE vermißt klare Position des Bürgermeisters*

**Eberswalde (bbp).** Der Workshop zur Vorbereitung der Aufgabenkritik habe Zusammenhänge und Abläufe der Verwaltungsorganisation transparenter gemacht und sich darüber hinaus als nützlich erwiesen, daß die einzelnen Verwaltungseinheiten intern die Auseinandersetzung mit Einsparmöglichkeiten geführt haben, stellt die Fraktion der LINKEN in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde fest. Allerdings zeige sich auch, daß der Haushalt mit den gegenwärtigen Aufgaben keine bedeutenden Reserven hat. Für die andauernde Haushaltsmisere sei nicht mangelnder Sparwille oder verschwenderische Ausgabenpolitik Ursache, *»sondern eine grundlegende, dauerhafte Unterfinanzierung der Kommunen auf der Einnahmeseite. Das liegt in den Entscheidungen der großen Politik begründet, auf die die Stadtverordneten von Eberswalde wenig Einfluß haben.«*

Die meisten Vorschläge, die aus den Verwaltungseinheiten vorgelegt wurden, schätzt der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Sachse ein, entsprechen nicht dem Begriff der Aufgabenkritik. Das meiste könne im Rahmen der jährlichen Haushaltsdiskussion diskutiert werden. Zudem hätte ihre Umsetzung ohnehin nur marginale Wirkungen. Eine Reihe weiterer Vorschläge seien nicht von der Zustimmung der Stadtverordneten abhängig, sondern könnten durch effektives Verwaltungshandeln umgesetzt werden. Andere Vorschläge sind dem

Bürgermeister als Gesellschafter der städtischen Unternehmen zuzuordnen. *»Dann gibt es noch die Vorschläge, die immer wieder auftauchen, sich aber bereits mehrfach als nicht umsetzbar erwiesen haben. Was die bisherigen Vorschlägen gemeinsam haben, ist die Eigenschaft, daß sie die Haushaltsprobleme der Stadt nicht lösen.«* Sie könnten bestenfalls das Problem für kurze Zeit in die Zukunft verschieben.

Die Fraktion der LINKEN vermisst auch die Position des Bürgermeisters, welche Aufgaben der Verwaltung er für verzichtbar hält. Dazu werde sich die Fraktion dann entsprechend äußern. An einem Wettbewerb um die besten sogenannten Sparvorschläge werde sich die Fraktion hingegen nicht beteiligen.

Nicht zur Disposition stehen für die Fraktion der *»ohnehin spärlich ausgestatteten Kinder-, Jugend- und Sozialbereich.«* Ebenso wenig Spielraum gibt es für die LINKEN hinsichtlich der Institution Berufsfeuerwehr, einschließlich beabsichtigter Reduzierungen, sowie der beabsichtigten Schließung der Außenstellen des Bürger- und Ordnungsamtes in den Eberswalder Ortsteilen Finow und Brandenburgisches Viertel.

Die Schließung der Bürgeramts-Außenstellen ist nicht nur in der Streichliste des Verwaltungsdezernenten enthalten, sondern wird inzwischen auch von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gefordert.

## Erneute »Spendenaffäre«?

**Eberswalde (bbp).** Spenden an die Stadt sind Angelegenheiten, die von großem Interesse für die Bürgerinnen und Bürger sind. Das meinte zumindest der Finower Otto Baaz, der sich zur Einwohnerfragestunde am 24. Juni verwundert darüber äußerte, wieso ein Beschluß zur *»Annahme und Verwendung einer Vergütung aus einem Sponsoringvertrag«* auf der Tagesordnung des nichtöffentlichen Teils der StVV-Sitzung stand. Der Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff erklärte, daß es jedem Spender oder Sponsor frei stehe, ob sein Namen oder die Höhe der Spende veröffentlicht werden soll. Im aktuellen Fall möchte der Sponsor nicht, daß die Höhe der Spende veröffentlicht wird. Allerdings blieb nicht nur die Höhe, sondern auch der Name des Sponsors und die Verwendung der Spende geheim.

Den Appell von Otto Baaz an die Stadtverordneten, wegen der fehlenden Transparenz der Beschlußvorlage nicht zuzustimmen, griff später Albrecht Triller von der *»Fraktion der Fraktionslosen«* auf. Er erinnerte daran, daß am 23.06.2006 sich die Staatsanwaltschaft und das Landeskriminalamt für die Spenden betreffenden Unterlage interessiert habe und dieses Verfahren bis heute nicht abgeschlossen worden sei. Im Zusammenhang wurde der damalige Bürgermeister von den Bürgerinnen und Bürger abgewählt. Und nun würden wiederum Spenden unter merkwürdigen Bedingungen angenommen. Er erklärte, daß er bei der Abstimmung mit *»Nein«* stimmen werde.

### **Aufrechterhaltung eines rechtswidrigen Kommunalkredits der Stadt Oderberg als (Teil)-Ziel des Landkreises Barnim für ein neues Amt Britz-Chorin-Oderberg**

Der Landrat des Landkreises Barnim fordert und fördert durch Vorlage eines Vereinbarungsentwurfes für die genannte Strukturmaßnahme eine Rechtsnachfolgeklausel, mit der ein rechtswidrig aufgenommener Kommunalkredit perpeduiert und seine Folgen auf weitere Gemeinden übertragen werden.

1999 hatte die Stadt Oderberg rund 2,0 Mio DM Schulden, im wesentlichen aus offenen Umlagen gegenüber dem Landkreis. Die Stadt verfügte jedoch weder über flüssige Mittel noch über entsprechende verwertbare Vermögensgegenstände. Eine Kreditaufnahme zur Deckung der Schulden schied aus, da nur zu investiven Zwecken zulässig. Der Landrat initiierte und die Kommunalaufsicht unter seiner Führung genehmigte daraufhin eine unzulässige Umgehungs konstruktion:

Die Stadt Oderberg verkauft ihr nicht annähernd so werthaltiges Rathaus für die benötigten 2 Mio DM. Da niemand sonst einen solchen Kaufpreis bezahlen wird, gründet man den Käufer selbst, nämlich eine kommunale Grundstücks- und Wohnungsbaugesellschaft (KWG), von der die Stadt Oderberg 87 % hält. Da die KWG den Kaufpreis nicht hat, nimmt sie hierzu einen mit einer Kommunalbürgerschaft der Stadt Oderberg abgesicherten und von einem Gefälligkeits-Wertgutachten begleitenden Kredit bei der DKB auf.

Da die KWG den Zinsdienst von 130.000 DM nicht leisten kann, muß ein Mieter gefunden werden, der eine entsprechend hohe Miete zahlt. Da niemand sonst für ein Rathaus eine Miete in Höhe der Kreditzinsen zahlen würde, erhöht der bisherige Mieter, das Amt Oderberg, überwiegend also wieder die Stadt Oderberg, seine Mietzinsverpflichtung und übernimmt zusätzlich sämtliche Instandhaltungskosten. Das Amt Oderberg erfüllt allerdings in der Folgezeit seine Instandhaltungspflichten nicht, ohne daß der Geschäftsführer der KWG, Fahl, die Einhaltung dieser Pflicht durchsetzt, womit er seine Pflichten als Geschäftsführer verletzt, was die Gesellschafter nicht rügen. Damit trat das Amt Oderberg wirtschaftlich an die Stelle der Stadt Oderberg, die ganz überwiegenden Anteil an dem Amt hat. Das Amt trägt die Grundstückslasten und die Lasten des Kredits, mit dem die Schulden gegenüber dem Landkreis zurückgezahlt werden. Passend dazu sieht der Grundstückskaufvertrag vor, daß die Stadt Oderberg im Jahre 2031 Grundstück und Gebäude zum Buchwert zurückverlangen können.

Im Ergebnis hat die Stadt Oderberg wirtschaftlich einen Kredit aufgenommen, unzulässig weil nicht für investive Zwecke, und der Landkreis hat wissentlich und gewollt seine Ansprüche auf die Kreisumlage aus diesem unzulässigen Kredit befriedigt.

(Text aus dem Jahr 2008)

Der Landrat und die Oderberger Schulden

## *Eine unendliche Geschichte*

**Oderberg hat Ja-Sagen satt, Sanierung statt Liquidation, »Befehl« zur Versteigerung – so die jüngsten Schlagzeilen zum Rathaus Oderberg und zur KGW (Kommunale Grundstücks- und Wohnungsbautengesellschaft) in der lokalen Tageszeitung. Per »Ersatzvornahme« bestimmt nun der Landkreis, was in Oderberg zu tun ist, nachdem die Aufforderungen des Landkreises durch die Stadtverordnetenversammlung Oderberg nicht erfüllt wurden. Doch auch der direkte Eingriff des Landkreises in die Entscheidungskompetenz der Stadt Oderberg wird die unendliche Geschichte nicht beenden.**

Statt die gewählten Vertreter der Stadt Oderberg zu entmündigen, wäre die Rolle des Landkreises, repräsentiert durch den Landrat Bodo Ihrke, im Zusammenhang mit dem Rathauskauf durch die KGW zu untersuchen. Die heutigen Probleme gehen mehr als 10 Jahre zurück und stehen letztlich im Zusammenhang mit der Kreisumlage. Sie sind auch nicht mit einem einzelnen Verwaltungsakt wie der Versteigerung des Rathauses zu lösen, sondern bestehen auch danach weiter.

Am 10.12.2008 schätzte ich in einer Abgeordnetenfrage an den Landrat ein, daß der Landkreis einen rechtswidrigen Kommunalkredit genehmigt bzw. zugelassen habe, aus dem die Stadt Oderberg die Kreisumlage an den Landkreis bezahlte. Die Schulden von rund 2 Millionen DM, die die Stadt Oderberg 1999 hatte, resultierten im wesentlichen aus offenen Umlagen gegenüber dem Landkreis. Die Stadt Oderberg verfügte jedoch weder über flüssige Mittel noch über entsprechend verwertbare Vermögensgegenstände. Eine Kreditaufnahme zur Deckung der Schulden schied aus, da Kredite kommunalrechtlich nur zu investiven Zwecken zulässig waren.

In dieser Situation initiierte der Landrat – und die Kommunalaufsicht unter seiner Führung genehmigte es – eine unzulässige Umgehungs konstruktion, der zufolge die Stadt Oderberg ihr Rathaus an eine zu diesem Zweck gegründete Tochtergesellschaft der Stadt verkaufte – obwohl auch diese Tochtergesellschaft kein Geld für den Kauf besaß. Doch die Tochtergesellschaft erhielt mit der Kommunalbürgerschaft der Stadt Oderberg einen Kredit, bezahlte daraus das Rathaus, so daß die Stadt Oderberg ihre Schulden aus der Kreisumlage an den Landkreis bezahlen konnte. Der Landrat wich einer Antwort aus, die »Heckenschützen« sollten aus ihrer Deckung treten, meinte er, und die wahren Sachverhalte könnten im Rahmen der Akteneinsicht ersehen werden.

Der Anfrage von 2008 war ein Text beigelegt (siehe nebenstehend), der die Sach- und Rechtskunde der Autoren sehr wohl erkennen ließ. Diesen Text, erklärte Ihrke, kenne er nicht. Eine Stellungnahme dazu gab es auch nach der Kreistagssitzung nicht.

Der 1999 aufgenommene, kommunal verbürgte Kredit steht immer noch mit rund 800.000 Euro zu Buche. Wenn er durch die KGW nicht mehr bedient werden kann – die Insolvenz dieser Firma ist in der Prüfung – dann muß die Stadt Oderberg mit etwa dieser

Summe auf Grund der übernommenen Ausfallbürgerschaft eintreten. Nun fordert der Landkreis, daß das Rathaus Oderberg versteigert wird, um den Kostenbringer endlich los zu werden. Dabei wird damit gerechnet, daß der Verkaufserlös möglicherweise nur 1 Euro beträgt. Frühere Verkaufsbemühungen für einen Kaufpreis von 300.000 Euro blieben erfolglos und ein aktuelles Verkehrswertgutachten weist einen Verkehrswert von 1 Euro aus. Noch 1999 bescheinigte ein (Gefälligkeits)-Gutachten den Wert von 2 Mio DM (also rund 1 Mio Euro).

Schon der Rathausverkauf 1999 hat der Stadt Oderberg keine Haushaltssanierung ermöglicht. Die Stadt befand sich seit 2003 bis einschließlich 2009 fortwährend in vorläufiger Haushaltsführung. Die amtsangehörigen Gemeinden hatten bereits zum 15.07.2006 offene Kreisumlagen in Höhe von annähernd 2 Mio Euro. Die vorgelegten Haushaltssicherungskonzepte der Stadt Oderberg waren nicht genehmigungsfähig. Der Haushaltsausgleich wird nach Einschätzung des Landkreises auch innerhalb des Finanzierungszeitraumes nicht wieder erreicht. Erstaunlicherweise machte der Landkreis für 2010 eine Ausnahme und genehmigte das Haushaltssicherungskonzept. Angeblich habe die Stadt Oderberg »die vorhandenen Reserven ausgenutzt und ihren Konsolidierungswillen nachgewiesen«, hieß es. Der Landkreis hat das Haushaltssicherungskonzept insbesondere auch deshalb genehmigt, weil »sie sonst einen Kredit für die Durchführung der zur Abwehr von Gefahren für Leib und Leben dringend notwendigen Hangsanierungsmaßnahmen nicht hätte aufnehmen können«.

Nachtigall, ick hör dir trapsen. Auf das Versagen einer Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes wurde ausnahmsweise verzichtet, damit die Stadt Oderberg einen weiteren Kredit aufnehmen kann. Diese Kreditaufnahme dürfte ebenso unzulässig sein, wie es die Kreditaufnahme der KGW für den Rathauskauf mit Ausfallbürgerschaft der Stadt Oderberg war. Cui bono? Was wäre, wenn Oderberg die Hangsanierung nicht finanzieren könnte? Müßte dann der Landkreis die Sanierungskosten voll übernehmen, und nicht nur die vorgesehenen 50 % ?

Zu den Praktiken des Landkreises und seiner Kommunalaufsicht und zur Verantwortung des Landkreises für die Finanzierung seiner Kommunen wird sich der Landrat demnächst erklären müssen.

ALBRECHT TRILLER

## Stoff für glänzende Erfolgsmeldungen

50 Hertz Transmission legt die Planung für die 380-kV-Freileitung aus

**Die Ortsteile Finow (Ost) und Brandenburgisches Viertel sind bereits mit einer hohen Trassenbelastung geschlagen, denn eine 110-kV-Freileitung und eine 220-kV-Freileitung queren hier das Stadtgebiet. Dem Prinzip der Trassenbündelung folgend kann da, wo bereits zwei Freileitungen stehen, eine dritte daneben gestellt werden. So entstehen herrliche Trassenlandschaften – warum nicht auch im Wohngebiet? Hier lassen sie sich hautnah erleben.**

Die 50 Hertz Transmission GmbH hat jetzt die Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens beantragt und die Pläne für den umstrittenen Bau der 380-kV-Freileitung an die Träger kommunaler Belange weitergeleitet.

Die Auslegungs- und Einspruchsfrist läuft vom 16. August bis zum 29. September.

Im Erläuterungsbericht wird betont, daß die vorgelegte Planung die Maßgaben des Raumordnungsverfahrens 2008 – das Vorhaben wurde dort als »bedingt genehmigungsfähig« gewertet – erfüllt: »Die Trassenführung im Stadtgebiet Eberswalde wurde in zahlreichen Abstimmungsgesprächen so weit optimiert, daß sowohl größtmögliche Abstände zur Wohn-/Wochenendhausbebauung als auch möglichst niedrige Masthöhen erreicht wurden.« Herzlichen Glückwunsch zur Quadratur des Kreises! Allerdings erweisen sich die Abstände zur Wohnbebauung bei näherer Prüfung als sehr gering, denn der Trassenkorridor ist sehr schmal – zu schmal für das Vorhaben, wie die Planer eigentlich zugeben müßten. Doch dann müßte die gesamte Trasse neu geplant werden. Dazu war Vattenfall, der Urheber der Trasse, nicht zu bewegen. Da endete die Kompromißbereitschaft.

Der Trassenverlauf durch Eberswalde – mal links, mal rechts von der 220-kV-Freileitung, das ist wirklich ausgewogen.

»Unmittelbar nach Austritt aus dem Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin verläßt die Trasse bei Mast 235 die Parallelführung zur 220-kV-Leitung und wird durch Forstbestände östlich am Technologie- und Gewerbepark Eberswalde (TGE) vorbei bis zum Oder-Havel-Kanal geführt. Diesem folgt sie dann in westlicher Richtung, überquert ihn und nimmt bei Mast 241 die Trassenbündelung auf der Südostseite der 220-kV-Leitung wieder auf. Die östliche Umgehung der Industrie- und Gewerbeflächen des TGE durch den Grüngürtel sowie die Überspannung der dort vorhandenen Waldbestände zwischen Mast 236 bis 239 wurde in Abstimmung mit der Stadt Eberswalde und den Technischen Werken Eberswalde gewählt, um die künftige Entwicklung des TGE nicht zu beeinträchtigen.

Bis Mast 244 wird die Trasse östlich entlang der vorhandenen 220-kV-Leitung weitergeführt. Vor Querung des Finowkanals wird bei Mast 244 die bestehende 220-kV-Leitung überkreuzt und dann auf der Westseite annähernd parallel bis zum Mast 251 geführt...

Weitere wichtige Kriterien waren größtmögliche Abstände zur Wohnbebauung der Stadtteile Finow-Ost und Brandenburgisches Viertel sowie nach Möglichkeit die Vermeidung einer Querung der Kleingartenanlage Wolfswinkel. Dies konnte zum großen Teil realisiert werden.

Eine weitere Entlastung im Bereich Eberswalde konnte durch den vorgesehenen Rückbau der

220-kV-Leitung nach Inbetriebnahme der Uckermarkleitung (s. Kap. 1.2) und den dadurch bedingten Wegfall der ursprünglich vorgesehenen 220-kV-Mitnahme erreicht werden. Im Ergebnis wurde der Leitungsabschnitt Mast 242 bis 246 so weit optimiert, daß im Vergleich zur ursprünglichen Planung ein Maststandort eingespart und im Bereich Mast 245 bis 250 deutlich niedrigere Masthöhen erreicht werden können. Bei Mast 246 ist zudem die Mitnahme der 220-kV-Leitung auf dem Mastgestänge der Uckermarkleitung geplant; im Zuge des Rückbaus der 220-kV-Leitung wird die entsprechende Traverse des Mastes 246 jedoch ebenfalls wieder rückgebaut (s. Kap. 1.2 sowie Anlage 9).

Südlich an die Siedlungsbereiche Eberswaldes angrenzend beginnt der Naturpark Barnim mit ausgedehnten Waldgebieten; diese werden von der Leitung ab Mast 251 unmittelbar westlich der vorhandenen 220-kV-Leitung gequert, wodurch die bestehende Waldschneise zum Teil mitgenutzt werden kann.« (Erläuterungsbericht S. 54f)

Der Erläuterungsbericht enthält keine präzisen Angaben über die Masthöhen und die Abstände zwischen der Trasse und der Wohnbebauung, man muß sie sich aus den beigelegten Planskizzen selbst herausuchen.

Eingesetzt werden in Eberswalde Zwei-Ebenenmasten und ein Drei-Ebenenmast. Die Masthöhen liegen zwischen 48 m und 59 m, überragen also die Masten der bestehenden 220-kV Freileitung deutlich.

Der Abstand der Trassenmitte zur Wohnbebauung am Kopernikusring beträgt zwischen 80 und 100 m, der Abstand zur Wohnbebauung »Zum Schwärzensee« liegt unter 100 m. Da die Traversen ca. 15 m lang sind ist der Abstand zu den Seilen entsprechend kürzer.

Im beigelegten Gutachten: »Biologische Wirkungen elektromagnetischer Felder« wird von »notwendigen Mindestabständen zur Trassenmitte« von »etwa 70m« gesprochen (S.14), doch bereits auf S.6 dieses Gutachtens heißt es. »Zu Orten, die dem nicht vorübergehenden Aufenthalt von Personen dienen, wie z.B. Wohnbebauung, Spielplätzen, Sporteinrichtungen und ähnlichen Gesellschaftsbauten wird grundsätzlich ein Abstand von 100 bis 200 Metern eingehalten.« Davon kann bei der Querung von Finow-Ost und des Brandenburgischen Viertels keine Rede sein.

Fazit: Die Anwohner sollten gegen diese Planung mit Einwendungen im Planfeststellungsverfahren vorgehen. Die Argumente liefern diesmal nicht in erster Linie die Trassenkritiker, sondern Gutachten und Aussagen des Projektträgers selbst.

HARTMUT LINDNER

## Zug der Tagelöhner

**Eberswalde (at).** Die »Soziale Bewegung Land Brandenburg« (SBB), ein Bündnis der Organisatoren von Montagsdemos in verschiedenen Orten des Landes Brandenburg, hatte vom 19 bis 28. Juli einen »Zug der Tagelöhner« durch die Region Brandenburg/Berlin organisiert. Die Aktion im Rahmen des »Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung« thematisierte die »Zunahme der prekären Arbeitsverhältnisse«. Im Aufruf der SBB hieß es: »Wir sind vom Sozialabbau betroffene Menschen, deren Stigmatisierung seit Jahren betrieben wird und die es satt haben, ständig gegeneinander ausgespielt zu werden. Diese Aktion soll eine breite gesellschaftliche Diskussion befördern.«



Der Zug der Tagelöhner führte durch Luckenwalde, Jüterbog, Finsterwalde, Eisenhüttenstadt, Schwedt, Angermünde, Eberswalde, Brandenburg, Potsdam und Berlin, alles Orte, in denen es Initiativen der Sozialen Bewegung Brandenburg gibt. Diese Initiativen unterstützten den Zug mit eigenen Aktionen, Veranstaltungen, Infostände oder ähnlichem.

Am 23. Juli kam der Zug der Tagelöhner nach Eberswalde. Der Zug wurde von Vertretern der Eberswalder Montagsdemo, die hier die Aktion mitorganisiert hatten, Linken und Gewerkschaftern begrüßt. Eine kleine Fahrzeugkolonne, mehrere Radfahrer und Fußgänger zogen auf der Breiten Straße in Richtung Marktplatz. Dort kamen die Zugteilnehmer mit den Marktbesuchern und -betreibern ins Gespräch und boten sich zur Arbeit an.

Sein Nachtquartier schlug der Zug der Tagelöhner auf dem Gelände der Freien Oberschule Finow auf. Am Abend gab es ein interessantes Gespräch mit dem Leiter des Eberswalder Jobcenters, Ulrich Gräfe. Seine generelle Infragestellung der Hartz IV-Gesetze und seine Kritik an der aktuellen Arbeitsmarktpolitik überraschte die Gesprächsteilnehmer sehr. Aber ebenso hatten sie kein Verständnis, daß die realistische Sicht auf die Probleme und die grundsätzliche Kritik an der Politik nicht zu praktischen Konsequenzen führt, sondern die behördlichen Anordnungen brav befolgt und die Betroffenen weiter sanktioniert werden.

Der Zug der Tagelöhner hat ein wichtiges gesamtgesellschaftliches Problem zeitweilig wieder etwas in die öffentliche Diskussion bringen können. Zugleich wurde aber auch deutlich, daß es fast unmöglich ist, die Betroffenen zu gemeinsamen Aktionen zu mobilisieren.

**November 1989.** Unmut in Hochschulen und Forschungseinrichtungen angesichts Gängelei, Realitätsverlust, Ungerechtigkeiten bei Reiseerlaubnissen, bei Löhnen und Steuern. Allgemeine und arbeitsspezifische Engpässe (Geräte, Ersatzteile, Fachliteratur). Die »Magenfrage« wurde, in modernisierter Form, »zum revolutionären Element... Man mag es verwerflich finden, wenn der materielle Faktor gegenüber gut begründeten gesellschaftlichen Einsichten den Ausschlag gibt, Revolutionen von unten blamieren oft die vernünftigen Ideen« (Werner Mittenzwei: Die Intellektuellen. Berlin 2003). Am 2.11. tritt FDGB-Vorsitzender Tisch zurück. Foren in den Instituten formulieren Forderungen. Kommissionen erarbeiten Forschungskonzeptionen, diskutieren Strukturveränderungen in den Wissenschaftseinrichtungen. FDGB und Gewerkschaft Wissenschaft (GW) bereiten Sonderkongresse vor. Modrow-Regierung gebildet, Aufruf »Für unser Land!«.

**Dezember.** »Tribüne« veröffentlicht neue Beitragsordnung. Besonders der Umgang mit Solidaritätsbeiträgen steht unter Kritik, seit bekannt ist, daraus habe die FDGB-Spitze das FDJ-Pfingsttreffen finanziert. Die Basis fordert auch Beitragsberechnung nach Netto-Einkommen statt Brutto. Erster Runder Tisch. Sonderparteitag der SED. Kohl trifft Modrow in Dresden. Es ist von Vertragsgemeinschaft (also Konföderation) beider Staaten die Rede.

**Januar 1990.** Zentrale Delegiertenkonferenz (ZDK) der GW in Berlin (27.1.). Als Delegierter meines Instituts und des Bezirksverbandes Frankfurt/O. nahm ich daran teil (innerhalb der GW gab es Bezirksleitungen. Die Universitäten und Akademien hatten eigene Kreisverbände). Die zeitweise chaotische Versammlung wählte den Zentralvorstand unter heftigen Vorwürfen ab, entlastete ihn aber nicht, sondern beschloß einen Untersuchungsausschuß. Dann wurde ein 48-köpfiger provisorischer Hauptvorstand (HV) gebildet. Die meisten Delegierten waren neu und kannten sich nicht, daher schlugen die Bezirksdelegationen nach Mitglieder-schlüssel Kandidaten vor und akzeptierten diese gegenseitig. So kam ich für Frankfurt/O. als Chef der Satzungskommission in den HV. Begünstigt wurde diese »Karriere« dadurch, daß ich langjährig Vertrauensmann und parteilos war. Wie ich hatte die Mehrheit im HV bisher keine oder eine Funktion unterhalb der BGL-Ebene inne gehabt. Die Wahl des Geschäftsführenden Vorstandes (GV) war nicht vorbereitet. Schließlich boten sich einige Kandidaten an. Mehrheitlich gewählt wurden Dr. Eiselt (TH Dresden) und als 1. Stellvertreterin Dr. Larissa Klinzing (HU Berlin). Die Anträge der Basis an die ZDK spiegeln die Stimmung der Zeit wider. Gefordert wurden einerseits Verbesserungen im Lohngefüge und im Rentensystem, Ausbau der gewerkschaftlichen Mitbestimmung, ein Gewerkschaftsgesetz, andererseits ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, Arbeitslosenunterstützung, Umschulungs- und Vorruhestandsregelungen (die Unruhe wegen

1990: Gewerkschaft zwischen »Wende« und »Anschluß« (Teil 1)

## Der Sommer der Begierde

von Rolf Richter

**Aufbruch zu Selbstgestaltung, Eigenverantwortung, Basisdemokratie – Chaos, Anarchie – Atemlosigkeit, da die Ereignisse alle Planungen und Absichten überrollten – ansteigende Ängste, weil die Veränderungen zunehmend fremdbestimmt und unberechenbar wurden - Hoffnungen bis zu völlig irrealer Euphorie – Ernüchterung, Mutlosigkeit, Resignation, Verzweiflung – dies die Stimmungen der Jahre 1989/90. Volker Braun reflektierte das in einem Gedicht, aus dem die Titelzeile »Der Sommer der Begierde« entnommen ist. Ich habe diese Entwicklungen im Wissenschaftsbereich und in der Gewerkschaft Wissenschaft erlebt.**



der Strukturdebatten in den Einrichtungen wirkte sich aus). Einige wollten Beamtenstatus. Der Feriendienst sollte als Reisebüro ausgegliedert werden.

Im neuen HV stand die Mehrheit für eine erneuerte, basisdemokratische GW als attraktive Vertretung des gesamten Bildungswesens in einer erneuerten DDR, mit Finanzautonomie, Tarifkompetenz (beides hatte vorher nur der FDGB), Rechtsschutz und Kampffähigkeit. Der HV sollte diese Organisation formieren und eine reguläre ZDK für September vorbereiten. So das Programm, das dann Zug um Zug abbröckelte.

**Februar.** Erste Tagung des HV: Konstituierung, Bestandsaufnahme, Programmatik. Der GV berichtete über Kontakte zu den DGB-Gewerkschaften GEW und ÖTV.- Der Stuttgarter ÖTV-Vorstand hatte seit 15.2. ein Kontaktbüro in Berlin. Ein Info-Blatt forderte Reduktion der Bundeswehr und der Rüstung, Anerkennung der Grenze zu Polen, keine generelle Privatisierung in der DDR. Ferner: Treffen Modrow-Kohl in Bonn. Kohl kündigt (vor den Märzahlen in der DDR!) baldige Währungsunion an. Die GW erreicht Tarifierhöhungen für 9.000 (noch) Beschäftigte.

**März.** Wegen Rückkehr der DDR zur Ländergliederung sollen die Bezirks- zu Landesgeschäfts- und Nebenstellen der GW formiert werden. Ein überarbeiteter Satzungsentwurf wurde den Einrichtungen mitgeteilt. Die Satzung, damals als dringlich angesehen für die Demokratisierung der GW und zur Mitgliederbindung, gehörte aus heutiger Sicht zu den absolut überflüssigen Bemühungen. Die Satzungsarbeit wurde später für die Vorbereitung der Gewerkschaftseinheit noch einmal wichtig. GW-Beratung in der Landwirtschaftsakademie

(AdL) am 27.3.: zur Zukunft der Akademie wird mit der BRD verhandelt. Das dortige Modell der Landesuniversitäten und Landesforschungsanstalten steht zur Debatte, Inzwischen entstehen Finanzprobleme, weil die Industriepartner der Institute aussteigen. Ab 6.3. gibt es – ohne Absprache mit den DDR-Gewerkschaften – in den Bezirksstädten ÖTV- »Beraterkreise« und bald auch lokale »ÖTV-Initiativen«. DGB und Westgewerkschaften scheuen zunächst die Kooperation mit den sich erneuernden DDR-Gewerkschaften. Mit einer Werbekampagne von Beamtenbund (Beamte gab es noch gar nicht!) und Angestellten- »Gewerkschaft« (DAG) beginnt die Erosion der DDR-Gewerkschaften. Nun wird man in DGB und ÖTV nervös, die ablehnende Position weicht auf. Versuche, die »DDR-ÖTV« aufzubauen: Merseburger Appell (27. 3.). Am 1.3. wird die Treuhandanstalt beschlossen, am 12.3. verabschiedet der letzte Runde Tisch einen Verfassungsentwurf, am 18.3. Volkskammerwahl. 38.300 Arbeitslose (AL) in der DDR.

Anfang März im Eberswalder Ratskeller (wo es damals noch eine passable Gastronomie gab): ein junger Mann setzt sich an meinen Tisch und fragt nach einer Weile, wie ich denn wählen würde (aha, denke ich, durchreisender Wahlagitator!). Ich gab mich verwirrt – die ähnlichen Programme der vielen neuen Parteien seien schwer einzuordnen. Was würden Sie denn wählen, frage ich zurück. Ja, jetzt CDU. Die bringen die Wirtschaft in Schwung. Na ja, Arbeitslose wird es vorübergehend geben. Beim nächsten Mal dann SPD, die machen das Soziale, sprach der Augur.

**April.** HV-Sondersitzung. GW strebt Kooperationsgemeinschaft mit DGB-Gewerkschaften an. Im Unterschied zu den meisten Branchen-

gewerkschaften stehen der GW zwei konkurrierende DGB-Gewerkschaften gegenüber. Dazu Berichte über Treffen mit Monika Wulff-Matthies (ÖTV) und Dieter Wunder (GEW) Ende März. Beide lehnen die Vereinigung mit der GW ab. Teile der GW neigen inzwischen zur ÖTV bzw. zur DAG. Für Mai wird ein Aktionstag der GW mit Forderungen und Protesten geplant. Regierung de Maizière (12.4.), Verfassungsentwurf des Runden Tisches veröffentlicht (18.4.).

**Mai.** Vorbereitung eines GW-Landesverbandes Brandenburg. Statt der drei Bezirksleitungen Räte der BGL-Vorsitzenden. Der FDGB-Vorstand vom Januar wird durch einen Sprecherat der Gewerkschaften abgelöst. Ab 14.5. sind DGB-»Berater« im FDGB-Sitz tätig. Beginn der 2+4-Verhandlungen (5.5.).

**Juni:** Der GW-HV tagt im Schulungsheim Feldberg. Gäste: stellvertretender ÖTV-Vorsitzender Warburg, GEW-Vorsitzender Wunder und Leiter des GEW-Wissenschaftsbereichs Gerd Köhler. Der DGB schließt Gewerkschaftsfusionen aus und übernimmt nicht die meist durch Mitgliedsfelder erworbenen Vermögenswerte in der DDR-Gewerkschaften. Gedacht ist an deren einseitige Auflösung (GW, Unterricht und Erziehung) und individuelle Neueintritte. Die ZDK der GW im September wird nun die Auflösung beschließen müssen. Aber es gibt Satzungsprobleme. Der hohe Organisationsgrad in der DDR fasziniert und beunruhigt die ÖTV zugleich. Warburg: Anerkennung der FDGB-Jahre sei ein großes Problem. Die ÖTV-Satzung sieht Treuegeld vor, aber die Mitgliederzahl der ÖTV würde sich verdoppeln! Daher kann die ÖTV die frühere Mitgliedszeit nicht anerkennen. Andererseits sind für Wahlfunktionen in der ÖTV 3 Jahre Mitgliedszeit Bedingung. Die neuen Mitglieder könnten also nicht gleichberechtigt mitwirken. Die Besorgnis der ÖTV ist völlig grundlos: durch Auflösung statt Fusion geht ein großer Teil der Mitglieder ohnehin verloren, weitere dann infolge der beginnenden Massenentlassungen. Die GEW kennt kein Treuegeld und hat daher dieses Problem nicht. Sie zeigt sich offen für Gleichberechtigung der neuen Mitglieder. Der HV der GW fordert diese Gleichberechtigung ein und versucht sie über Satzungsregelungen zu sichern. Er fordert »kollektiven Beitritt« nach Grundsatz »Ein Betrieb – eine Gewerkschaft«. Der Bericht des Untersuchungsausschusses bestätigte nur zwei der sieben gegen die frühere GW-Spitze erhobenen Vorwürfe (private PKW- und Garagennutzung). Die Gewerkschaften protestieren vergeblich gegen die beabsichtigte 1:2-Abwertung ihrer Kontobestände ab 1. Juli.

Die großen Handelsketten der BRD okkupieren blitzartig vor der Währungsunion die Handelseinrichtungen der DDR. Treuhandchef Rohwedder: »Wie Kolonialoffiziere«. Heinrich Albertz: »...ein Einmarsch von Truppen wäre ehrlicher als das, was jetzt geschieht.« Neue Treuhandregelung der Regierung sieht nun zügige Privatisierungen vor (17.6.). 142.000 AL.

ver.di Erwerbslosenkonferenz in Eberswalde:

## Aktive und kritische Einmischung

**Eberswalde (cz).** Die TeilnehmerInnen der ver.di-Erwerbslosenkonferenz im Bezirk Uckermark-Barnim verständigten sich am 8. Juli im Eberswalder Waldsolarheim zu den erreichten Ergebnissen in den vergangenen vier Jahren. Dabei erfolgte eine kritische Diskussion zu den Schwerpunkten der gewerkschaftlichen ver.di Erwerbslosenarbeit für die neue Wahlperiode.

Stolz erinnerte man sich an die Aktionen, insbesondere den Unterschriftensammlungen in beiden Landkreisen für die Volksinitiative zur Einführung eines landesweiten Sozialtickets in Brandenburg. Die ver.di Erwerbslosen in unserer Region haben einen sehr hohen Anteil daran, daß seit dem 1. September 2008 sozial Benachteiligte einschließlich NiedriglöhnerInnen über ein landesweites Mobilitätsticket in Brandenburg verfügen können. Das kann man im zweiten bundesweiten ver.di Buch »Erwerbslose in Aktion«, das Ende 2009 erschien, nachlesen. Die TeilnehmerInnen der ver.di Erwerbslosenkonferenz fanden das Buch als Anerkennung und symbolisches Dankeschön für die geleistete Arbeit in ihren Konferenzunterlagen.

Sehr kritisch wurden die diskriminierenden Veränderungen im Rahmen der Novellierungen der Arbeitsmarktreformen auf Bundes- und Landesebene und deren regionale und lokale Auswirkungen diskutiert. Zu diesen und anderen Fragen stand Ulrich Gräfe, Leiter des Job-Center Barnim, im Kreuzverhör der KonferenzteilnehmerInnen. Die Fragen waren umfangreich und sehr kritisch. Sind Ein-Euro-Jobs, Kommunalkombi, Bürgerarbeit und »Arbeit für Brandenburg« (Öffentlicher Beschäftigungssektor) sinnvolle Arbeitsmarktinstrumente für Langzeitarbeitslose? Oder sind sie doch nur Stigmatisierungs- und Statistikbereinigungsinstrumente sowie Kompensationen für haus-

haltsbedingte Personaleinsparungen in den Kommunen? Dies könnte auch als »Konjunkturrakete« für die regionale Armut- und Wohlfahrtsindustrie bezeichnet werden. Auch die umstrittene Anwendung der kreislichen Richtlinien zu den Kosten der Unterkunft (KdU) wurden mit Ulrich Gräfe diskutiert.

Die zu erwartenden Beschlüsse beider Kreistage in Umsetzung des Bundesratsbeschlusses zur Neuordnung der Job-Center bzw. der Optionskommunen sorgten für Unruhe. Diesbezüglich wurde der Erwartung massiv Ausdruck verliehen, daß die VertreterInnen der Kommunalpolitik, insbesondere die Mitglieder der Kreistage, mit den Betroffenen das Gespräch im Vorfeld von Beschlußfassungen suchen. Dabei müssen auch die Interessenvertretungen für die Beschäftigten dieser Einrichtungen (Personal- und Betriebsräte) in der Optionskommune der Uckermark und der ARGE im Barnim einbezogen werden.

Einig war man sich, daß zukünftig auf »alibihafte« ver.di Beschlußlagen zur Erwerbslosenarbeit im hiesigen Bezirk verzichtet wird. Selbst kämpferische Beschlüsse ändern nicht die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Dankbar wurde der Vorschlag der Bezirksgeschäftsführerin Bettina Weitermann und des zuständigen Gewerkschaftssekretärs für die Personengruppe Erwerbslose Grischa Hochsieder zur Kenntnis genommen, demnächst eine ehrenamtliche ver.di Erwerbslosenberatung, vorerst in Prenzlau und Eberswalde, einzurichten. Beiden GewerkschaftssekretärInnen gilt ein herzliches Dankeschön für ihren aktiven Beitrag für das insgesamt gute Gelingen der ver.di Erwerbslosenkonferenz.

Die ver.di Erwerbslosen beschlossen, beim »Zug der TagelöhnerInnen« der Sozialen Bewegung Brandenburg u.a. in Schwedt/Oder, Angermünde und in Eberswalde präsent sein. Das gleiche gilt für die Unterstützung von gewerkschaftlichen Aktionen zum Brandenburg Tag am 4. und 5. September in Schwedt/Oder. Einstimmig erhielt Carsten Zinn zum wiederholten Male das Vertrauen der stimmberechtigten KonferenzteilnehmerInnen. Er wird auch zukünftig als Vorsitzender den Ausschuß leiten. Karla Lüdke aus Schwedt/Oder und Bodo Koch aus Prenzlau werden als StellvertreterInnen dem Vorsitzenden in der neuen Wahlperiode aktiv zur Seite stehen. Den Erwerbslosenausschuß komplettieren Regine Hornschuh und Gudrun Herpel (beide Eberswalde) als InteressenvertreterInnen von knapp 700 erwerbslosen Mitgliedern im ver.di Bezirk Uckermark-Barnim.



Die neu gewählten Mitglieder des ver.di Erwerbslosenausschusses Uckermark-Barnim (v.l.n.r.): vorn: Grischa Hochsieder (ver.di Gewerkschaftssekretär) Ann-Christin Gerner (Eberswalde), Karla Lüdke (Schwedt/Oder), Regine Hornschuh (Eberswalde), Gudrun Herpel (Eberswalde); hinten: Wolfgang Lüdke (Schwedt/Oder), Carsten Zinn (Eberswalde), Bodo Koch (Prenzlau), Michael John (Eberswalde)

Kurt und Erna Kretschmann – Nestoren des Natur- und Umweltschutzes (Teil 4)

# Mulch total – Der Garten der Zukunft

von Rudolf Behm

**Naturzerstörung und Umweltbelastung haben erschreckende Ausmaße erreicht. Die Folgen sind unabsehbar und stellen das Überleben der Menschheit durchaus in Frage. In dieser Situation bedarf es Persönlichkeiten, die mit Erfahrung, Mut, Beharrlichkeit und Diplomatie gegensteuern, sowie Mitstreitern Hoffnungsträger und Vorbild sind. Auf globaler wie auf lokaler Ebene.**

Erna und Kurt Kretschmann haben jahrzehntelang mehrere Gärten naturnah bewirtschaftet. Ohne Handelsdüngemittel, ohne Pestizide jeglicher Art und als Vegetarier auch ohne tierischen Dünger. Im Vordergrund stand dabei die Selbstversorgung mit Obst, Gemüse, Kartoffeln in ausreichender Menge und höchster Qualität. Um dies zu erreichen, mußten sie die zumeist kargen Böden nachhaltig verbessern. Zielstrebig suchte Kurt in tieferen Bodenschichten nach Lehm und Mergel, um dann gemeinsam mit Erna hunderte Eimer dieses Materials zutage zu fördern und in einer 8 bis 10 cm starken Schicht im Garten auszubringen. Weitere Maßnahmen, wie Kompostwirtschaft, Regenwurmzucht, Gründüngung und Mischanbau haben auf ökologischer Basis die Bodenfruchtbarkeit merklich erhöht und die Erträge gesteigert.

Nach der politischen Wende 1990 stiegen im Osten Deutschlands die Wasserpreise dramatisch an und erreichten das 20-fache der bisherigen Gebühr. Aus dieser Situation heraus entwickelten die Kretschmanns die Idee, durch ganzjährige und vollständige Bedeckung des Sandbodens ihres Gartens in südlicher Hanglage Gießwasser zu sparen. Von nun an wurde nicht nur um die Obstbäume und Beerensträucher gemulcht, sondern die gesamte Fläche des 400 m<sup>2</sup> großen Nutzgartens mit organischen Materialien (Mulch) bedeckt. Damit betreten sie Neuland. Niemand hat sie am Anfang beraten und angeleitet. Aus der einfachen Absicht Wasser zu sparen, entstand eine weitreichende und tiefgründige Form der Bewirtschaftung, die mit dem üblichen Gartenbau nicht vergleichbar ist.

Der Bad Freienwalder Total-Mulch-Garten entwickelte sich zu einem Experimentier- und Demonstrationsgarten, den alljährlich viele Natur- und (Mulch)gartenfreunde oder Besuchergruppen von nah und fern besichtigten. Seit 1991 wurde die neuartige Gartenpraxis von mir als ausgebildeten Bodenchemiker durch bodenkundliche Untersuchungen und Experimente begleitet. Die Daten des zehnjährigen Untersuchungszeitraumes belegen wissenschaftlich fundiert die ständige Verbesserung des Bodenzustandes unter der Mulchdecke in chemischer, physikalischer und biologischer Hinsicht. Zweifler oder Skeptiker können daran nicht vorbei, so Kurt Kretschmann in einer seiner Publikationen zum Thema »Mulch total«. Unsere Experimente zeigten auch, daß diese Wirtschaftsweise einen Beitrag zum progressiven Klimaschutz leistet. Allein



auf der 400 m<sup>2</sup> großen Nutzgartenfläche wurden mehrere Tonnen des Treibhausgases Kohlendioxid der Luft entzogen und dauerhaft im Boden gebunden.

Neben den rein gärtnerischen Aspekten bemühten sich die Kretschmanns um den Schutz der heimischen Tierwelt in ihrem ca. 2.000 m<sup>2</sup> großen Gesamtareal. Für zahlreiche Vogelarten, Igel, Blindschleichen, Hornissen, Spinnen-, Wespenarten und andere mehr, waren der Mulchgarten mit angrenzender Wiese und Mischwaldbestand ein idealer Lebensraum. Kurt nutzte diese Situation zur Anlage eines Tierschutzlehrpfades, mit mehr als 20 Modellen, wo er laufend den Besatz durch verschiedene Tierarten beobachten konnte. So hatten z.B. Wildbienen alle tausend Brutröhren ihres »Wildbienenhotels« besetzt. Ein großer Erfolg, wenn man bedenkt, daß deren Bestände infolge chemischer Pflanzenschutzmittel stark dezimiert worden sind. Eine Informationswand – in einem privaten Garten wohl einmalig – unterrichtete jeden Besucher über Arbeitsvorgänge und Ergebnisse im Total-Mulch-Garten.

Die Attraktion besonderer Art war das Regenwurmdenkmal (Foto). Kurt schrieb dazu:

»In Deutschland stehen viele Denkmale, mit denen Musiker, Bildhauer, Dichter und Philosophen geehrt werden. Auch Entdecker und Erfinder hat man auf Bronze oder auf Marmor tafeln verewigt. Schließlich wurde in jedem Dorf und jeder Stadt der Männer gedacht, deren hoffnungsvolles Leben auf Schlachtfeldern endete. Ein Denkmal für einen Wurm, den niemand sieht, wenn er unermüdet in der Erde Gänge gräbt, in die er Blätter und Grashalme zu seiner Ernährung hineinzieht – das hat nur unserer »Total-Mulch-Garten« aufzuweisen.«

Dieser Natur- und Umweltschutz vor der Haustür hat das Leben der Kretschmanns weiter bereichert, er lieferte ihnen hochwertige Nahrungsmittel, spendete Erholung und Freude. Die ersten fünf Jahre des Experimentierens im Bad Freienwalder Total-Mulch-Garten erbrachten bereits eine Fülle an Erkenntnissen, die Kurt Kretschmann in mehreren ökologisch orientierten Zeitschriften veröffentlichte. Titel wie: »Wie werden Sandböden grundlegend verbessert«, »Unkräuter von höchstem Wert«, »Große Wohnungsnot für die heimische Tierwelt«, »Das Gartenleben aus philosophischer Sicht« vermitteln einen Einblick in das geistig-schöpferische und praktisch-körperliche Tätigsein. Gefördert wurde diese Schaffensperiode durch regen Gedankenaustausch mit den Besuchern unterschiedlicher Herkunft und Geisteshaltung. Auch von den Bodenuntersuchungen und von Gefäßversuchen mit ausgewählten Pflanzen- und Bodenarten lagen umfangreiche Daten zur wissenschaftlichen Auswertung bereit.

All das Material reichte für ein Buchmanuskript aus, das wir Ende 1995 beim Organischen Landbau Verlag Kurt Walter Lau einreichten. 1996 erschien dann die erste Auflage von »Mulch total – Der Garten der Zukunft«. Die Nachfrage war groß. 2001 kam die von mir neu bearbeitete und erweiterte zweite Auflage von »Mulch total« heraus. Das Vorwort von Michael Succow hatte zum Leitspruch: »Die Natur arbeitet nach diesem Prinzip und wir sind gut beraten, wenn wir uns nach ihren Gesetzen richten«. Nachauflagen gab es 2003 und 2007.

Mit dem altersbedingten Umzug von Kurt in das Bethesda Pflegeheim endete 2004 sein praktisches Wirken im berühmt gewordenen privaten Bad Freienwalder Total-Mulch-Garten.

Der vierteilige Artikel von Rudolf Behm, Freund und Mitstreiter der Kretschmanns, basiert auf einem Beitrag, den er für eine Veröffentlichung anlässlich des aktuellen Jubiläums des Naturschutzbundes Deutschlands (NABU) geschrieben hat.

Europäischer Flußbadetag 2010:

## Der Sprung in den Finowkanal

**Eberswalde (bbp).** Der Barnimer Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen und das Planungsbüro Flußkontakt hatten für den 11. Juli im Uferbereich des Parks am Messingwerk in Finow zum BIG JUMP in den Finowkanal aufgerufen. Der BIG JUMP ist ein europaweiter Flußbadetag, bei dem die Menschen den Wunsch nach sauberen und lebendigen Fließgewässern bekräftigen. Eine klare Absage an die stinkenden, vielerorts nur noch für Energieerzeugung, Schifffahrt und Industrie tauglichen Abwasserkanäle soll erteilt werden. Diese Ziele werden auch von dem grünen Stadtverordneten Dr. Andreas Steiner unterstützt. Mit dem Aufruf zum Baden im stark umweltbelasteten Finowkanal habe er jedoch Probleme, erklärte Dr. Steiner in einer »kritischen Betrachtung«, die er vorab im Barnim-Blog ([www.barnim-blog.de](http://www.barnim-blog.de)) veröffentlichte.

Leider sei durch eine unglückliche, wenig differenzierte Darstellung der Gesamtsituation der Öffentlichkeit suggeriert worden, daß es sich beim Finowkanal um ein sauberes Gewässer handle. Das veröffentlichte Plakat eines Säuglings, der von kristallklarem Wasser umgeben ist, vermittelte ein Bild, »welches wir am Finowkanal ganz und gar nicht vorfinden können. Tatsächlich ist der Finowkanal in die Güteklasse III (stark verschmutzt) eingeordnet. Auch das brandenburgische Umweltministerium weist nicht zuletzt auf eine hohe Belastung durch kommunale Abwässer hin.«

Bekannt sind die Bilder von temporär auftretenden Schaumteppichen, die sich in Wasserfällen unterhalb der Schleusen bilden und welche hartnäckig auf dem Kanal treiben, bis sie sich endgültig auflösen (BBP 12/2009). Bis dato sind weder Ursprung noch Ursache dieser Gebilde bekannt. Auch nicht, wie sie sich chemisch zusammensetzen und aus welchen Bereichen des Finowkanals sie stammen. Auch zu den Einleitern ist nichts bekannt. Entsprechende Kartierungen erfolgten noch nicht. Weitere Gefahren für den Finowkanal sieht Dr. Steiner darin, wenn Klär- und Sickerwassergruben nach Wolkengüssen überlaufen oder diese gar auf illegale Weise entleert werden. Eine Belastung mit Fäkalien und gesundheitsgefährdenden Kolibakterien im Finowkanal könne zu keinem Zeitpunkt ausgeschlossen werden. Beim Baden käme die potentielle Ge-



Badeschaum inklusive.

fahr der Aufnahme von verunreinigtem Wasser über die Atemwege hinzu.

»Wirklich beruhigen oder gar überzeugen«, so der bündnisgrüne Stadtverordnete, »können mich deshalb die Aussagen des Gesundheitsamtes der Kreisverwaltung Barnim gegenüber der MOZ nicht, die auf Grundlage ihrer offensichtlich einmaligen Messung die Wasserqualität für 'gut' befinden und ein Baden im Finowkanal für unbedenklich halten.« Ein politisches Problem sei, daß mit dem Aufruf zum Baden die eigentliche Verschmutzung des Finowkanals elegant ausgeblendet werde. Das könnte, im Interesse der Behörden, das Umweltproblem der Gewässerverschmutzung herunterspielen, was künftigen Handlungsbedarf im Vorhinein ausschließen.

Als Fazit stellt Dr. Steiner in seinem Barnim-Blog-Beitrag fest: »Das Baden im Finowkanal, nicht nur in den stark mit Schwermetallen belasteten Bereichen der ehemaligen Chemischen Fabrik und der Papierfabrik Wolfswinkel, sondern auch oberhalb der Heegermühler Schleuse im Bereich Messingwerksiedlung, halte ich für bedenklich. Ich würde nicht dazu animieren, in diese ekelhafte Brühe mit einem Sammelsurium an Schadstoffen zu steigen. Der Sprung ins kühle Naß wird zum Eintauchen in eine Blackbox.«

Die Intension des BIG JUMP sei von den Veranstaltern scheinbar verkannt worden. Tatsächlich sollen zum Baden solche Fließgewässer ausgewählt werden, die in der Vergangenheit durch eine hohen Belastung gekennzeichnet waren, sich hinsichtlich der Wasserqualität derartig gebessert haben und dort ein Baden aus gesundheitlichen Sicht nun unbedenklich erscheint. »Für den Finowkanal ist eine solche positive Entwicklung nicht erkennbar«, so Dr. Steiner.

## Ein »Bürgerwindrad« für den Barnim?

**Panketal (kd/bbp).** Die Niederbarnimer Grünen laden am 27. August wieder zum Grünen Bürgerstammtisch, war via Barnim-Blog zu erfahren ([www.barnim-blog.de](http://www.barnim-blog.de)). Diesmal geht es um die Frage »Gemeinsam regenerative Energie erzeugen?«.

Im Fall der 1. Bürgersolaranlage Panketal haben die Niederbarnimer Grünen schon einmal

die Initiative ergriffen und eine entsprechende Diskussion angestoßen. Aktuell soll es im Zusammenhang mit der laufenden Planungsüberarbeitung für Windeignungsgebiete um Chancen aber auch Hinderungsgründe eines Bürgerwindrades in der Region. Die Veranstaltung beginnt um 19.30 Uhr in Leos Restauration (Schönower Str. 59, 16341 Panketal).

## Auf dem Weg zum Erfolg VI »Rettet Brandenburgs Alleen!«

Am 12. August wurden die seit einem Jahr gesammelten Unterschriften an die Vizepräsidentin des Brandenburger Landtages, Gerrit Große (DIE LINKE), übergeben.

Mit dem Stand vom 6. August sind 24.424 Unterschriften gesammelt worden. Es sieht danach aus, daß das erforderliche Quorum von 20.000 Unterschriften erreicht wird und damit eine weitere Volksinitiative im Land Brandenburg erfolgreich werden wird! Allerdings muß man immer von einem gewissen Teil ungültiger Unterschriften ausgehen, z.B. wenn die gemachten Angaben unleserlich sind oder nicht unterschreibungsberechtigte Personen, beispielsweise aus Berlin, unterzeichnet haben. Daher war es wichtig, bis zum letzten Tag Unterschriften zu sammeln und die Unterschriftenlisten an den NABU ([info@NABU-Brandenburg.de](mailto:info@NABU-Brandenburg.de), Fax: 0331/ 201 55 77) zu schicken.

Vor der Übergabe der Unterschriftenlisten vor dem Landtag in Potsdam um 13.45 Uhr war eine besondere Aktion geplant. Wie beim Auftakt wollten die Teilnehmer mit grünen Regenschirmen eine Allee darstellen, durch die dann öffentlichkeitswirksam die Kisten mit den Aktenordnern getragen werden. Begleitet von vielen Plakaten und Transparenten.

Dr. ANDREAS STEINER, Mitinitiator der VI »Rettet Brandenburgs Alleen!«, GRÜNE LIGA

## Klagerechte bei CCS

**Bernau (bm).** »Umstrittene Technologien wie CCS erfordern maximale Transparenz und Bürgerbeteiligung«, erklärt die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) in Antwort auf einen Offenen Brief der Initiative Mahnwache Letschin. »Tricks wie Auslagerung der Haftung in eine Billig-Tochter, wie es Vattenfall offensichtlich vorhat, sind fehl am Platze. Auch Klagerechte beschneiden zu wollen, um CCS beschleunigt durchzudrücken, widerspricht dem demokratischen Selbstverständnis der LINKEN«, Enkelmann weiter: »Ich teile die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger, daß ihr Widerstand gegen die unterirdische CO<sub>2</sub>-Einlagerung möglicherweise auf kaltem Wege ausgehebelt wird. Ich habe deshalb bereits vor einiger Zeit signalisiert, daß ich mich an möglichen Klagen auf dem Rechtsweg beteiligen werde.« Im Zuge der parlamentarischen Behandlung im Bundestag werde die Fraktion DIE LINKE. Vorschläge einbringen, mit denen die Sicherheitsforschung zu CCS und die Rechte der Bürgerinnen und Bürger in Einklang gebracht werden sollen.

Enkelmann begrüßt in diesem Zusammenhang auch die Klarstellung seitens der Landtagsfraktion der LINKEN, daß eine Einschränkung des Rechtswegs bei CCS nicht zu einer höheren Akzeptanz vor Ort beiträgt. Die Bundestagsabgeordnete erinnert zudem die Landesregierung an die gegebene Zusage, CCS-Erkundungsbohrungen nicht gegen den Willen der Grundstückseigner durchzusetzen.

4. USA, EU, Rußland, China: Strategien in Mittelasien

Aufbauprofite, Bodenschätze, Pipeline durch Afghanistan – damit sind die Motive der Kriegführung nicht erschöpft. Die ab 2001 neu entstandenen US-Stützpunkte und Militärengagements von Georgien im Norden über die Basen an der Golfküste bis Mittelasien bilden einen Ring um Iran, von dort über Mongolei, Südkorea, Japan, Taiwan einen Ring um China. Die Stützpunkte in Afghanistan, Pakistan, Usbekistan, Kirgisien dringen in die südliche Interessenszone Rußlands ein. Es geht also um mehr als um Zugang zu Öl und anderen Bodenschätzen. Bushs Designer einer unilateralen Weltmacht USA hatten die möglichen Konkurrenten fest im Blick. Rußland und China haben dagegen bisher wenig Widerstand geleistet, da sie sich selbst vom islamischen Fundamentalismus bedroht fühlen und es vorziehen, das US/NATO-Engagement zu tolerieren, auch begrenzt zu unterstützen, um nicht selbst verstrickt zu werden. Sie sahen wohl auch nicht ungerne, wie sich die Konkurrenz in Irak und Afghanistan festfuhr. Inzwischen versuchen Moskau und Peking den Mittelasienvorstoß der USA zu begrenzen, durch direkte (Wirtschaftshilfe) und indirekte Einflußnahme (Shanghai-Organisation) US-Stützpunkte in den mittelasiatischen Staaten zu liquidieren und weiteren »bunten« Regimewechseln made in USA vorzubeugen. Schließlich wird dort bemerkt, daß die islamo-uirischen Separatisten in den USA residieren, daß USA und EU den Dalai Lama massiv stützen, daß der saudische US-Alliierte den islamischen Fundamentalismus in den Mittelasien-Staaten finanziert (Robert Baer, Die Saudi-Connection, München 2004; Peter Scholl-Latour, Rußland im Zangenriff, Berlin 2006). Diese Art Doppelstrategie brachte dem Westen den Vorteil, den Widerstand der Konkurrenz zu lähmen, fällt ihm jetzt aber in Afghanistan zunehmend auf die Füße.

Die EU verfolgt einen modifizierten Kurs. Seit der deutschen EU-Präsidentschaft von 2007 existiert eine »Zentralasienstrategie« (ZAS) der EU – ein durchaus deutsches Projekt. Frankreich ist mehr an Afrika als an Asien interessiert, und Großbritannien hält sich ebenfalls heraus. Beide haben andere Zugangsmöglichkeiten zu Öl und Gas. ZAS soll den direkten (deutschen) Zugang zu Energiequellen und anderen Rohstoffen sichern und die Abhängigkeit von Rußland mindern (ZAS Detail; Zentralasien\_GUS-News). ZAS ist ebenfalls eine Doppelstrategie. »Partnerschaftsabkommen« mit den Mittelasien-Staaten, Verdoppelung der EU-Hilfen bis 2013 auf 750 Mill. Euro, Ausbildung von Elitenachwuchs in der EU sind die eine Seite. Andererseits wird versucht, über eine »Initiative Rechtsstaatlichkeit«, das Thema Menschenrechte und die Stützung entsprechender NGO's als »Türöffner« widerspenstige Regime notfalls zu destabilisieren (Kooperation mit US-abhängigen »NGO's«

Die Bundeswehr am Hindukusch (3)

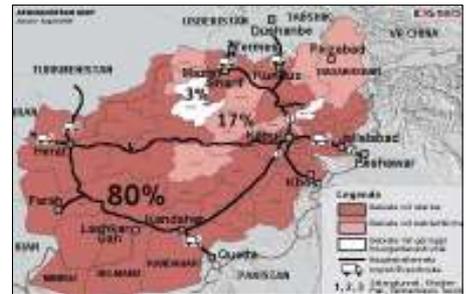
# Besser Exit als Exitus

**Der Krieg in Afghanistan bleibt Top-Thema. Als erstes Land wollen die Niederlande ihr Kontingent abziehen, während die US-Regierung um Aufstockung der Hilfstruppen ringt. In Deutschland hat mit Berlins Innensenator Körting ein prominenter Sozialdemokrat den Ausstieg aus dem Krieg gefordert. Vorliegender Text entstand zwischen Hiroshima-Gedenktag und Weltfriedenstag als Beitrag zum Nachdenken über einen sinnlosen Krieg.**

wie Human Rights Watch und Reporter ohne Grenzen). ZAS zielt also auf Lockerung der Bindung dieser Staaten an Rußland und kann daher tendenziell die deutsch-russischen Beziehungen beeinträchtigen. Das Verhältnis von ökonomischen Zielen und Menschenrechtspolitik ist allerdings zwiespältig: »Frieden und Stabilität sind ... eine Grundvoraussetzung für die Nutzung der 'Tankstelle' Zentralasien [Ausdruck aus FAZ; R.R.]. Es ist jedoch nicht klar, ob die Demokratieförderung auch ein tatsächliches Ziel der Europäischen Union ist ... Besonders die Tatsache, daß Rußland und China ... keinerlei Vorbedingungen geltend machen, erschwert die Situation der Europäischen Union« (Eva Niepagenkemper, Wo steht die Zentralasienstrategie der EU? BICC Focus Juni 2007).

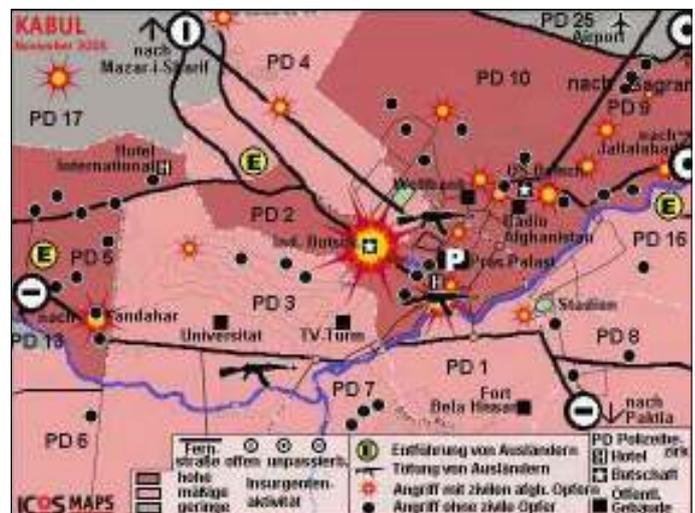
5. Die Lage. ISAF und Söldner

Zunächst: Zahlen über Einsatzstärke von ISAF und US-Kräften und über deren Verluste sind unzuverlässig. Das liegt an differierenden Zählweisen. Die Special Forces etwa werden nicht einbezogen. Vor allem läßt zunehmende Teilprivatisierung des Krieges durch Einsatz privater Sicherheitsfirmen (Contractors) für Aufgaben der Militärpolizei, Entminen u.a. offizielle Truppenstärke wie Verlustziffern geringer erscheinen als real, manche »Schmutzarbeit« kann von der Army ferngehalten und den Söldnern zugeschoben werden. Image-Pflege also. Die afghanische Seite fordert starke Reduzierung der Irregulären (darunter auch Milizen der Warlords), die sich ihrer Kontrolle entziehen und für manche Massaker verantwortlich sind (McClatchly-Tribune Information Service. 9.1.2008). Die Reaktion der USA blieb aus, der Söldnereinsatz stieg weiter. 2009 wurden 39 Firmen als offiziell registriert aufgelistet, darunter 10 aus GB (AEGIS), 8 aus USA (Blackwater, RONCO), 17 afghanische. Allein die USA beschäftigten 2009 rund 5200 Söldner. Die Gesamtzahl dürfte 10.000 übersteigen (J. Sherman/Victoria DiDomenico, The Public Cost of Private Security in Afghanistan, CIP-Studie, New York University,



Taliban-Aktivität in den einzelnen Provinzen, August 2009. Sep. 09). Die wahren Verluste werden auch durch Verschweigen der Verwundetenzahlen verschleiert. In Vietnam gab es bei 500.000 Mann maximaler Truppenstärke ein Verhältnis von 60.000 Toten zu 300.000 Verwundeten, von denen ein Teil nicht mehr diensttauglich war. Der Faktor 5 dürfte auch gelten, wenn in Afghanistan die Verlustzahl je Sommermonat von 30 auf 75 Tote anstieg (2005-2009; Wikipedia). Zu Toten und Verwundeten kommen noch die nicht diensttauglichen PTBS-Fälle (post-traumatische Belastungsstörungen; bei der Bundeswehr 2009 schon 418 Fälle.). Den vollen Ernst der Lage zeigten auch vor den WikiLeaks-Enthüllungen zwei im Internet abrufbare Karten (hier in deutscher Bearbeitung).

**Karte 1** weist mit Stand 8/2009 für 75% der Provinzen starke Taliban-Aktivität auf, nur für 3% fehlende. **Karte 2** (11/2008) zeigt die Talibanaktivität im Zentrum von Kabul. Die Zahl von Angriffen ohne zivile Opfer (schwarze Punkte) übersteigt deutlich die der mehr publizierten Anschläge mit solchen (Sterne). Deutlich wird, daß die Karsai-Regierung und das ISAF-Hauptquartier in ihrem befestigten



Aktivität der Taliban in Kabul und Passierbarkeit der Fernrouten. November 2008.

Gelände (P) praktisch belagert waren. Auch an den Ausfallstraßen häufen sich die Anschläge. Von 5 Fernverbindungen waren die nach Kandahar und Paktia praktisch unpassierbar (–), die nach Bagram und Jallalabad nur mit erheblichem Risiko (•) benutzbar und nur die nördliche nach Mazar und Kunduz frei (I).

Die wachsende Distanz der Öffentlichkeit zum Krieg macht die Regierenden nervös. Die CIA entwarf einen Plan zur Bearbeitung Westeuropas. Danach soll Germany durch Darstellung unangenehmer Folgen eines Rückzugs (Drogen, Flüchtlinge, Terror) beunruhigt werden (CIA-Report... Mar 2010, WikiLeaks). Von Guttenberg (CSU) und Königshaus (FDP) plädierten für bessere Ausrüstung. Sascha Lange, Waffenexperte von SWP, sagte dagegen im Interview am 16.4.10, auch Panzerhaubitzen nützen nichts, wenn selbst Flugzeuge vor Ort nicht eingreifen können, weil die Lage nicht klar ist. Zu Panzerfahrzeugen: »Wenn eine Sprengfalle mit zehn Kilo nicht ausreicht, packen sie [die Taliban, R.R.] beim nächsten Mal 20 oder 30 Kilo drunter. Hundertprozentige Sicherheit gibt es also nicht« (www.merkur-online.de).

Auch bessere Strategien sind nicht in Sicht oder brauchen zuviel Zeit. Alles, was an zivilmilitärischer Aufstandsbekämpfung (counterinsurgency, low-intensity warfare) diskutiert wird, wurde von den Sowjets schon ausprobiert bzw. damals von den USA entwickelt (siehe Jochen Hippler, Krieg im Frieden, Köln 1986; Julius Mader, CIA-Operation am Hindukusch, Berlin/DDR 1988). Man dreht sich im Kreise. Scholl-Latour 2008: »mission impossible« (Der Weg in den neuen Kalten Krieg, Berlin). Und Afghanistan-Experte Thomas Ruttig in tagesschau.de (27.1.10): »Für eine militärische Lösung ist es zu spät«, falls es dafür je eine Chance gab.

## 6. Exit, und wie? Oder was?

Ruttig und seine Kollegin Citha Maass von SWP plädieren für ernsthafte Verhandlungen mit den Taliban. Karsai führt schon seit 2008 mit saudischer Hilfe inoffizielle Gespräche in Riad mit Vertretern von Mullah Omar und Hekmatyar, bisher ergebnislos. Derweil versuchen Kabul und Washington weiter, die Aufstandsfractionen zu spalten, indem sie Friedens- und Übertrittswilligen Amnestie und Wiedereingliederung anbieten. Auch ergebnislos – außer, daß solche Versuche die Talibanführer nicht gerade kompromißbereiter stimmen. Ein innerafghanischer Konsultationsprozeß (Ruttig) ohne Vorgaben von außen ist jedenfalls nötig, dazu ein solcher, der die Nachbarn einbindet. Wegen divergierender Interessen (Indien-Pakistan) ist letzterer schwierig genug. Die verstärkte Konfrontation von Washington und Berlin mit Iran, die Konkurrenz mit Rußland in Mittelasien, die Nadelstiche gegen China sind dabei kontraproduktiv. Die US-treue deutsche Außenpolitik in Mittelost wirkt eher ideenlos als intelligent.

ROLF RICHTER, Bündnis für den Frieden

## Ein Nachbarschaftsstreit in Bernau

**Der Bauunternehmer Sebastian Schmalz, der 2005 ein Grundstück in dem neuen »Gewerbe-, Wohn- und Freizeitzentrum Rehberge« in Bernau in der Gewerbezone 1 erworben und darauf einen Bauhof errichtete und 13 Anwohnerfamilien liegen seit langem im Streit. Dabei geht es um fortdauernde Lärm-, Staub- und Abgasbelästigungen durch einen Radlader sowie zwischengelagert gewerbliche Bauabfälle.**

Anfangs versuchten die betroffenen Anwohner die Belästigungen zu tolerieren. Sie hofften, der Unternehmer würde die Bauarbeiten in normalem Zeitrahmen abschließen und dann würde Ruhe einkehren. Als die Anwohner sich später bei den Ämtern beschwerten, begann der Bauunternehmer, die Anwohner zu terrorisieren, indem er mit seinem Radlader mutwillig in den Abendstunden und am Wochenende Lärm erzeugte.

Nach einer ersten gemeinsamen Beschwerde der Anwohner wegen Lärm-, Staub- und Abgasbelästigung beim Landesumweltamt eskalierte der Streit. Der Bauunternehmer begann ab Oktober 2009 mit gezielten Provokationen, wie der Ablagerung von alten Baumaterialien und der Errichtung eines fünf Meter hohen Gerüstes an der Grenze zum Wohngebiet, das mit einer lebensgroße Puppe mit Bauhelm und nachts blinkenden Bausicherungsleuchten bestückt war (vgl. MOZ, 21.04.2010). Beschwerden beim Ordnungsamt der Stadt Bernau, beim Bürgermeister von Bernau, beim Bauordnungsamt (BauOA) des Landkreises und beim Landesumweltamt (LUA) brachten nichts. Auch eine Petition an die Stadtverordnetenversammlung, die eine Untersuchung der Rechtmäßigkeit der erteilten Stellungnahmen zu den Bauantragsunterlagen forderte, wurde abgewiesen. Nach Ansicht der Anwohner hat die Stadt Bernau grob gegen den gültigen Bebauungsplan verstoßen, nach dem in der Gewerbezone 1 nur Gewerbe angesiedelt werden darf, das das Wohnen nicht stört und auch in einem Allgemeinen Wohngebiet zulässig ist. Das BauOA erteilte eine Baugenehmigung für einen Lagerplatz und ein Wohn- und Geschäftshaus, obwohl das Landesumweltamt grundsätzliche Bedenken angemeldet hatte und das Planungsamt des Kreises seine Zustimmung zur Baugenehmigung mit Verweis auf bestehende Gesetzmäßigkeiten verweigerte.

Schrittweise wurden dann, im Widerspruch zur Baugenehmigung, mit Unterstützung der Stadt Bernau und Duldung des BauOA weitere Bauten errichtet. Den Anwohnern wurde erklärt, alles sei rechtens. Erst als ein Anwohner einen Antrag auf bauaufsichtliches Einschreiten mit Nutzungsuntersagung stellte, leitete das BauOA ein solches Verfahren ein. Dagegen legte der Bauunternehmer Rechtsmittel vor dem Verwaltungsgericht ein und sicherte damit den Weiterbetrieb seiner Firma. Die Anwohner wurden wegen des laufenden Verfahrens mit einer Informationssperre belegt. Die Lärmbelästigungen jedoch gingen weiter, denn der Unternehmer begann 4 Monate lang (!) eine Baugrube für sein Wohn- und Geschäftshaus auszuheben. Eine Einmessung erfolgte bis heute

nicht, was das BauOA als normal empfindet. Zudem wurde eine illegale zweite Einfahrt an der Grundstücksgrenze errichtet, ohne daß das BauOA dagegen einschritt.

Im März 2010 führte das LUA eine Lärmmessung durch, mit der versucht wird nachzuweisen, daß die Lärmemissionen im zulässigen Bereich liegen. Seit April 2010 versucht man sowohl seitens des BauOA als auch der Stadt Bernau uns Anwohnern zu beweisen, daß wir keinen Grund der Beschwerde hätten und es sich um ein rein nachbarschaftliches Problem handle. Sogar der Landrat persönlich schaltete sich mit zwei Lärmgutachten ein. Auch die Äußerung des Leiters des BauOA, »wir hätten nun mal in einem Gewerbegebiet gebaut und nicht auf der grünen Wiese« (MOZ, 6.5.2010), sowie die letzten Schreiben vom BauOA und der Stadt in Bezug auf zumutbaren Lärm zeigen, das hier eine gezielte Strategie gegen die Anwohner verfolgt wird. O-Ton aller Verlautbarungen: eine Baugenehmigung habe 7 Jahre Gültigkeit und so lange gebaut wird, könne auch Lärm erzeugt werden. Man drängte uns zu einer Mediation beim Verwaltungsgericht, um mittels Vergleich die Sache aus der Welt zu schaffen. Auch der Landrat hat dies in seinem Schreiben vom 31.05.2010 versucht. Als der Vergleich mißlang, schlossen das BauOA und die Stadt Bernau einen Vergleich mit Herrn Schmalz, nach dem dieser wie es heißt seinen Antrag beim Verwaltungsgericht zurückzog.

Nachdem wir die Vorgehensweise der Verwaltung auf der Kreistagsitzung am 7. Juli kritisierten, kam es am 21. Juli zu einem Gespräch bei Vizelandrat Bockhardt. Dort erklärte man uns, daß man dem Herrn Schmalz alle bisher nicht legalisierten Erweiterungen und auch seinen Nachtrag zur Baugenehmigung genehmigen werde. Wir sollten doch klagen, wenn wir gerichtsfestes Material hätten, dabei aber die möglicherweise hohen Kosten bedenken.

Warum stellt sich die Verwaltung so vor den Herrn Schmalz? Liegt es vielleicht daran, daß dessen Eltern über erheblichen Einfluß in Bernau und im Kreis verfügen? Der Vater war langjähriger Stadtverwaltungsmitarbeiter und die Mutter ist Abgeordnete in Stadt und Kreis. Sie gehört zur gleichen Partei wie der Landrat.

Letztlich fordern wir von der Stadt und dem Kreis nur, daß die im B-Plan getroffenen Festsetzungen eingehalten werden. Denn auf dieser Basis haben wir unsere Grundstücke erworben und in unsere Eigenheime investiert.

Wir haben uns nun in einer Petition an den Ministerpräsidenten Platzek gewandt und werden uns auch nicht davor scheuen gegen die Ämter in dieser Sache zu klagen!

## »Nicht nur vor der Wahl für die Bürger da«

Zehn Jahre »Sprechstunde unter freiem Himmel«

**Eberswalde (mm).** Bereits im zehnten Jahr besuchen Barnimer Kreis-, Landes- und Bundespolitiker der LINKEN gemeinsam Orte im Barnim, um sich vor Ort mit Bürgerinnen und Bürgern über ihre Probleme, Hinweise und Kritiken zu unterhalten. Gemeinsam haben die Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber und die Landtags- und Kreistagsabgeordneten Margitta Mächtig und Dr. Michael Luthardt in 14 Tagen 35 Orte besucht.

Erstmalig hatten die linken Abgeordneten in **Oderberg** zum »Roten Frühstück« eingeladen, zu dem sich Besucherinnen und Einwohner der Stadt einfanden und nicht lange zögerten, ihre Meinung zu sagen. Da waren zwei Damen, die erzählten, daß die eine einmal im Jahr 14 Tage nach Oderberg in eine alte Datsche aus DDR-Zeiten kommt, um ihre Heimatstadt zu besuchen und nun dafür Zweitwohnungssteuer bezahlen soll. Der stellvertretende Bürgermeister nahm den Gesprächsfaden auf und verwies auf die Verschuldung der Kommune, die nun alle möglichen Steuern erheben müsse. »Bei Euch verschwinden die Millionen und dann greift Ihr den Bürgern in die Tasche«, war die Reaktion. Sorgen machen sich Bürger, daß die Schäden an den Straßen und Wegen, die jetzt im Zusammenhang mit dem Bau der OPAL-Gasleitung entstehen, von der Baufirma auch wieder in Ordnung gebracht werden. Die Beschwerde eines Bürgers, daß er nicht selbst entscheiden kann, welcher Entsorger sein Abwasser abholt, wurde den Abgeordneten ebenso übermittelt wie die Sorge, ob die LINKEN im Land einen Blick auf die Umsetzung der Forstreform haben. »Es kann nicht richtig sein, daß die Bewertung der Bewirtschaftung des Waldes durch die Landesregierung nur noch über die verkauften Festmeter vorgenommen wird, ohne zu berücksichtigen, welche Funktionen der Wald noch hat, u.a. als Wasserspeicher für die Gegenwart und Zukunft oder auch Artenschutzgebiet«, so ein Förster.

»Zehn Gespräche insgesamt am ersten Tag, mehr als wir in einer Woche in unserem Büro haben!«, sagte Margitta Mächtig gegenüber der Barnimer Bürgerpost. »Es war eine richtige Entscheidung, diese Sprechstunden auch im zehnten Jahr durchzuführen.«

Der zweite Tag führte die Abgeordneten nach Liepe, Hohenfinow, Tornow und Sommerfelde. In **Liepe** erwartete sie der Bürgermeister, um auf Problemen der Gemeinde aufmerksam zu machen. So die hoffnungslose Verschuldung, die der Gemeinde keine eigenverantwortliche Entwicklung mehr ermöglicht. Auch die Schulden, die mit der Zusammenlegung der Ämter Birtz-Chorin und Oderberg entstanden sind, erleichtern diese Situation nicht. Das Gespräch wurde von ohrenbetäubendem Lärm unterbrochen. Zwei Tornados flogen in kurzem Abstand über den Ort. Woher kommen die und wohin fliegen sie – waren die Fragen, die sich stellten.

Ein Landwirt des Ortes informierte über die Brücke, die der Gemeinde zugeordnet wurde und nun einen TÜV braucht. Die Gemeindeverantwortlichen machen sich Sorgen, daß eine irgendwann fällige Sanierung die Möglich-

keiten der Gemeinde übersteigen wird. Aber ohne die Brücke gäbe es nur einen kilometerlangen Umweg, der auch Niederfinow und das touristische Gebiet am Schiffshebewerk durchqueren würde. Auch hier suchen sie Partner. Michael Luthardt und Sabine Stüber wollen sich um Hilfe bemühen.

Weiter nach **Tornow**, dem östlichsten Ortsteil der Kreisstadt Eberswalde. Dort erfuhren sie vom Elend der Familie G., die von einem Immobilienmakler mit Sitz in Oranienburg schikaniert wurden und werden.

Am folgenden Tag trafen die Sprechstunden-Reisenden in **Glabbeek** auf einen LINKEN aus NRW, der mit Freunden den USEDOM-Radweg nutzte und kurz über die LINKE in NRW und im Allgemeinen sprach.

Der Weg führte an diesem Tag noch nach **Friedrichswalde**, wo die Abgeordneten Fragen, die sie zur Sicherheitspartnerschaft der Polizei erhielten, gleich als Kleine Anfrage an die Landesregierung formulierten. Nach der Sprechstunde blieb Zeit das Heimatmuseum zu besuchen, welches sich der Holzschuhmacherei widmet. Michael Luthardt hatten es die Holzschuhe derartig angetan, daß er sich ein Paar kaufte, aber nicht ohne sie vorher mit einem Holzschuhtanz zu probieren.

»Warum tun Sie als Kreistagsabgeordnete nichts gegen Herrn Schneider, den Amtsdirektor? Dem kann man doch nicht mehr trauen!« Mit dieser Frage wurden die Abgeordneten in **Joachimsthal** konfrontiert. Doch ist es nicht die Aufgabe des Kreistages, die Arbeit der Kreisverwaltung als untere Kommunalaufsicht zu kontrollieren, hierfür ist das Innenministerium zuständig. Aber auch die Frage, warum durch das Amt Britz/Chorin/Oderberg die notwendigen Mittel für die Breitbandversorgung in **Chorin** blockiert werden, konnten nicht beantwortet werden. Dr. Luthardt, der auch Mitglied der Gemeindevertretung ist, versprach aber, in der Gemeindevertreterversammlung diese Frage an das Amt weiterzugeben und den Besucher der Sprechstunde zu informieren.

**Rüdnitz, Biesenthal, Zerpenschleuse, Marienwerder, Groß- und Klein Ziethen** sowie **Senftenhütte** waren weitere Stationen der SuffH, wie sie selbst die Sprechstunden unter freiem Himmel bezeichnen. Gleich mehrfach wurden die Abgeordneten gebeten, sich für die Fertigstellung von Radwegen bzw. die Umsetzung von Versprechungen ehemaliger Minister zur Schaffung von Radwegen einzusetzen.

Aber auch ziemliche Wut über die Bundespolitik schlug ihnen entgegen, so beispielsweise über die Vorschläge der FDP zur Rentenpolitik. Am meisten macht die Men-

schen wütend, daß hier jene über die Rente »kleiner Leute« beschließen, die, weil sie Pensionen bekommen, nie in die Rentenversicherungen eingezahlt haben und sich ihrer eigenen hohen Altersbezüge sicher sein können. Die Angst vor Altersarmut sitzt sehr tief.

Auch mögliche Investoren baten um Unterstützung bei Kontakten zur Wirtschaftsförderung und zum zuständigen Ministerium für Photovoltaikanlagen. »Macht mehr soziale Politik« forderte eine Bürgerin in **Altenhof** und »Lassen sie die jungen Leute arbeiten, alle!« setzte sie nach. Die Parkplatzsituation in Altenhof war ebenso Gesprächsthema wie die Steganlagen, die neue Marina und die Fischereirechte auf dem Werbellinsee, aber auch der fehlende Fahrradweg. Auch der Mangel an öffentlichen Toiletten wurde benannt.

Höhepunkte der Sprechstunden waren die Tage mit der Ministerin für Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz und des Ministers für Wirtschaft- und Europaangelegenheiten. Anita Tack, die Ministerien für Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz besuchte den Zeltplatz in der Gemeinde **Schorfheide** »Stüßer Winkel« und die ehemalige Landesklinik für Psychiatrie und Neurologie, heute Martin-Gropius-Krankenhaus, wo sie sich von einer Erfolgsgeschichte der Kommunalisierung einer ehemaligen Landesklinik überzeugen konnte. Daß sie als Städteplanerin gerade auch die Architektur dieses Ensembles beeindruckte, war klar.

Mit Minister Christoffers waren wir auf dem Gut Sarnow in der Schorfheide. Dort ging es um die Grundlagen für eine zukünftige Nutzung der Erdwärme. Gemeinsam wurde beraten welche Schritte zu gehen sind, um die Machbarkeit einer gesundheitsfördernden Nutzung des Warmwassers zu prüfen. In dem anschließenden Gespräch des Ministers mit Vertreter des Tourismusvereins Schorfheide/Chorin ging es um die stärkere Vernetzung von lokalen, regionalen, kommunalen, unternehmerischen und Vereinsinitiativen bei der touristischen Vermarktung des Barnims. Abschließend besuchte Ministers Christoffers die Firma mp tec, eine Firma der Solarbranche, die sich auch durch kulturelles und sportliches Engagement in der Region auszeichnet.

Vom 16. bis 21. August werden die Abgeordneten im Niederbarnim mit ihrer Sprechstunde unter freiem Himmel unterwegs sein und damit, so drückte es Margitta Mächtig aus, »wie in jedem Jahr den Beweis antreten, DIE LINKE ist nicht nur in Wahljahren für die Bürgerinnen und Bürger da, sondern eine Partei für den Alltag«.

WHG Eberswalde:

## Information für Mieter lohnt Aufwand nicht

**Eberswalde (bbp).** Vor allem für Menschen mit geringerem Einkommen bestimmen die Heizkosten für ihre Wohnung deren Lebensniveau wesentlich mit. Wie hoch diese Kosten sind, erfahren Mieter aber erst mit der Betriebskostenabrechnung im Sommer oder Herbst des Folgejahres. Die Finowerin Ute Frey ist Mieterin einer Wohnung der städtischen Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG). Der Bürgermeister, stellte sie auf der Einwohnerfragestunde der Stadtverordnetenversammlung am 27. Mai fest, habe als der Vertreter der Stadt in der Gesellschaft und in Doppelfunktion zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrates der WHG entscheidenden Einfluß auf die WHG. Daher frage sie ihn persönlich, warum er nicht durchsetze, daß die WHG die Heizkostenpreise für die Mieter transparent gestaltet. »Warum erfährt der Mieter nicht vor Beginn des Abrechnungszeitraums, mit welchen Kosten er rechnen muß?« Ute Frey bat Boginski, »dieser Frage nicht auszuweichen, sondern sie jetzt und hier zu beantworten«. Boginski sagte eine schriftliche Beantwortung der Frage zu, die zur nächsten StVV-Sitzung am 24. Juni vorlag.

Als zuständiger Dezernent für die Beteiligungsverwaltung übernahm dies der Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff. »Die mit der

Fernwärmeversorgung zusammenhängenden Themen haben Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung der WHG diskutiert«, informierte er. Die WHG rechne Betriebskosten gemäß § 556 BGB nach Ablauf des Abrechnungszeitraums ab und gewähre auch Einsicht in die Abrechnungsunterlagen. Sie verhalte sich somit rechtskonform. »Einen Mangel an Transparenz«, so Gatzlaff, »vermag ich daher nicht zu erkennen«. Auch die Argumentation der Geschäftsführung, daß »bei einer Vorabinformation jedes Mieters über die Fernwärmepreise Aufwand und Nutzen in keinem Verhältnis stehen«, sei nicht zu beanstanden. Die WHG sei stets bemüht, ihre Wirtschaftlichkeit zu verbessern. Der Verwaltungsdezernent machte zudem darauf aufmerksam, »daß die WHG von sich aus ein hohes Interesse an niedrigen Betriebskosten hat, da das ihre Vermietungschancen am Markt erhöht«.

Vor diesem Hintergrund habe er dem Bürgermeister empfohlen, bis auf weiteres nichts in der Angelegenheit zu unternehmen, »jedoch die Entwicklung in der nächsten Zeit abzuwarten und dann ggf. das Thema wieder auf die Agenda zu nehmen«. Ute Frey bemängelte die Antwort als nicht ausreichend und erklärte, daß sie sich zu dieser Thematik erneut an die Stadtverwaltung wenden werde.

## Trägheitsgesetz in Anwendung

Was regelt eine Straßenampel, wenn es keinen zu regelnden Straßenverkehr gibt? Die Gemeinde Finowfurt ist darin beispielgebend. In der verkehrssarmen Nachtzeit gibt es dort keine diktierenden Ampelschaltungen. Da kann der/die freie BürgerIn spritsparend fahren. Kein Verkehrsteilnehmer wird zum Beschleunigen genötigt, um die passende Farbe noch zu erwischen.

Sind die Eberswalder Entscheidungsträger nie nachts unterwegs? Sollten sie es doch sein, dann handeln sie nach dem Gesetz. Dem Trägheitsgesetz in Vollendung. Bürgerbegehren aussetzen und mit angeblich aufwendigem Finanzbedarf ablehnend begründen. So meine Ein-

schätzung. Was macht es so kompliziert, die Ampeln in »Ampelwalde« in der Zeit von 22 bis 5 Uhr wie die Ampel Lichterfelder Wassertorbrücke zu schalten? Gewollte Verkehrsverstöße lassen sich ohnehin nicht vermeiden. Es wäre auch ein kleiner Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Minderung. Aber auch daran scheint wenig Interesse. Die Infrastruktur der Brandenburgischen Viertels wird immer mehr zurück gefahren, zu Lasten der Bürger. Sei es die beabsichtigte Schließung der Außenstelle Bürger- und Ordnungsamt, die Schließung von Schulen oder der Abriß von Wohnblöcken im Ganzen statt Etagenreduzierung.

THOMAS GÄDICKE

## Moorschutz kontra Dürre und Flut

Die völlig ungleichmäßige Verteilung der Niederschläge in diesem Jahr bestätigt die Aussagen der Klimaforscher für die Region Brandenburg. Während im Winter und zeitigen Frühjahr ein Niederschlagsüberschuß zu verzeichnen ist, treten mit Beginn der Wachstumszeit vermehrt Dürren ein.

Besonders für die Landwirtschaft ist dieser Trend ein hohes Risiko und gefährdet die Existenz vieler Betriebe. Eine notwendige Konsequenz daraus kann nur heißen: das Wasser muß in Zeiten des Überschusses gespeichert werden! Die Agrarwissenschaftler aus Münchenberg und anderer Institute fordern dies

schon lange und liefern entsprechende Berichte. Die Anlage von Wasserspeicherbecken und besonders die höhere Stauhaltung auf grundwassernahen Grünland (Moorstandorte) im Frühjahr sind deshalb strategische Handlungsfelder.

Brandenburg besitzt mit rund 170.000 Hektar landwirtschaftlich genutzten Mooren ein ideales Speichermedium. Darum ist Moorschutz nicht in erster Linie ein Naturschutzthema, sondern für die Risikominimierung der landwirtschaftlichen Betriebe unerlässlich.

Dr. MICHAEL LUTHARDT

## Die Mauer muß weg!

Ideenwettbewerb Eberswalder Synagoge

Am 26. Juni wurde ein Ideenwettbewerb zur Neugestaltung des Geländes der 1938 zerstörten Eberswalder Synagoge abgeschlossen. Ausgewählt wurde als Grundlage für die weitere Umsetzung des Projektes ein Entwurf der Planer Hoheisel/Knitz aus Kassel und Ravensburg. Noch im Herbst vorigen Jahres war ausdrücklich die Eberswalder Bevölkerung aufgerufen worden, ihre Ideen für die Gestaltung des Standorts der ehemaligen Synagoge beim Kulturamt der Stadt Eberswalde einzureichen. Die Einbeziehung der Eberswalderinnen und Eberswalde entsprach dabei durchaus dem Konzept, eine Erinnerungsstätte zu schaffen, die die hier lebenden Menschen von vornherein möglichst weitgehend einbezieht. Zugleich hieß es, daß auch die Profis möglichst viel Raum haben sollen, ihre eigenen Vorstellungen mit den Vorgaben aus der Ideensammlung in Einklang zu bringen (Blitz, 21.11.2009). So konnten die routinierten Profis aus dem Westen, auf die sich die Organisatoren des Ideenwettbewerbs letztlich verließen, auch auf die von Einwohnern eingebrachten Ideen zurückgreifen. Um solche Profis, die auf zahlreiche Referenzprojekte auf dem internationalen Gedenkstättenmarkt verweisen können, handelt es sich zweifellos bei dem Künstlerteam Hoheisel/Knitz. Da hatten die einheimischen Planer, die auch am Ideenwettbewerb teilnahmen, keine Chance.

Bei ihrem Wettbewerbsbeitrag griffen Hoheisel und Knitz die originelle Idee auf, den Grundriß der Synagoge mit Bäumen nachzugestalten. Auch viele der anderen Wettbewerbsbeiträge zeichneten den Grundriß der Synagoge in irgendeiner Form nach – wollten dabei allerdings meist den Raum, den das Gebäude einst einnahm, begehbar halten. Im Unterschied dazu sieht der Hoheisel/Knitz-Plan vor, die Bäume hinter einer hohen Mauer zu verstecken. Angesichts des in letzter Zeit erlebten Umgangs mit Bäumen in der Waldstadt Eberswalde scheint dies durchaus programmatischen Charakter zu haben. Bäume im ummauerten Ghetto. Der ursprüngliche Aspekt, eine auf Einbeziehung der Menschen zielende Erinnerungskultur Raum zu geben, geht dabei verloren. Die Bäume hinter der Mauer werden zu etwas Unbekanntem und Fremden. Dem Betrachter fehlt die Chance, jemals etwas darüber zu erfahren. Ihm wird vielmehr suggeriert, daß da andere sind, die über die Allwissenheit verfügen und darüber bestimmen, wem und wie zu gedenken ist.

Die Idee mit den Bäumen ist gut. Allerdings gilt hier der Ruf, der schon vor 20 Jahren erklang: Die Mauer muß weg!

GERD MARKMANN

**Barnimer Bürgerpost abonnieren!**

Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 18 05 / 22 10 40 973  
eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

## Sommerfest der Linken

Am 4. September »Roter Sommer« erstmals im Brandenburgischen Viertel

**Eberswalde (bbp).** Das traditionelle Sommerfest der Eberswalder LINKEN findet in diesem Jahr erstmals im sozialen Brennpunkt der Stadt, dem Brandenburgischen Viertel, statt. Die Organisatoren haben ein umfangreiches Programm zusammengestellt. Nach der Eröffnung um 14 Uhr auf dem Potsdamer Platz gibt es, umrahmt von Live-Musik der Gruppe Plusquamperfekt und Retortenmusik von CD, eine Diskussionsrunde zu linker Politik sowie eine Gesprächsrunde mit Aktiven aus dem Brandenburgischen Viertel. Mit Infoständen beteiligen sich die örtliche DKP und KPD, die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft und weitere Vereine und Verbände am LINKEN Sommerfest. Interessant dürfte das Angebot eines Präparators sein, der mit einem Quiz die Besucher des Festes zum Nachdenken und Knobeln bringen will.

Aktives Mittun wird den Gästen auch mittels Ruderergometer und beim Torwandschießen abverlangt. Für die Kinder bieten Karussell, Hüpfburg, Kinderschminken sowie der Clown Marco (angefragt) entsprechende Kurzweil. Mit der Auswertung von Präparator-Quiz und Torwandschießen klingt das Nachmittagsprogramm gegen 17 Uhr aus.

Ab 18 Uhr sorgen dann die Gruppen »Rudio« und »Die dreisten Zwei« für die musikalische Begleitung von Tanz und Unterhaltung. Erst mit Einbruch der Dunkelheit (gegen 21 Uhr) wird das Sommerfest der LINKEN enden.

An der Versorgung mit Speisen und Getränken, heißt es, werde es während der gesamten Zeit nicht fehlen.

## Forstreform ohne Auswirkung

**Eberswalde (bbp).** Die aktuelle Forstreform im Land Brandenburg wird nach Aussage des städtischen Beigeordneten Lutz Landmann keine Auswirkungen auf die Bewirtschaftung des Eberswalder Stadtwaldes haben. Die Fraktion DIE LINKE hatte gefragt, wie sich die beabsichtigte Trennung von hoheitlichen Aufgaben und eigentlicher Waldbewirtschaftung

auswirken würde. Der Beigeordnete erklärte, daß die waldbaulichen und forstwirtschaftlichen Aufgaben des Stadtwaldes, wie bisher, weiterhin durch den Stadtförster erledigt werde. Desweiteren werde es einen Hoheitsoberförster geben, der vom Land eingesetzt wird und unter dessen Leitung die Revierförster sowie der städtische Förster stehen.



## Bauer trifft Kultur

Der Regionalpark Barnimer Feldmark e.V., der Bauernverband Barnim e.V., der Verein Alternativen für Zukunft e.V. sowie die Stadt Werneuchen mit ihrem Ortsteil **Hirschfelde** laden unter dem Motto »Bauer trifft Kultur« am 14. und 15. August nach Hirschfelde (bei Werneuchen) ein zum **10. Regionalparkfest**, dem Grünen Wochenende und dem Hirschfelder Dorf- und AFZ-Fest.

Es erwartet Sie ein umfangreiches Programm namhafter Künstler und ein vielfältiges Marktreiben mit erlebnisreichen Attraktionen an beiden Tagen. (www.feldmaerker.de, www.modelldorf-hirschfelde.de)

FRANK MÜLLER,

Regionalpark Barnimer Feldmark e.V.

### Max Raabe und das Palast Orchester

Open Air Konzert  
Familiengarten Eberswalde  
Freitag, 3. September, 20 Uhr

## Jazzkonzert in Oderberg

Internationaler Swing Jazz Dixieland Big Band Chanson. Organisiert von Naturfreund Karsten »Kanu« Förster spielen am Sonntag, den 22. August, die *berlin swingers* im Museumspark in Oderberg. Der alte Schaufelraddampfer RIESA dient als Bühne. Für das leibliche Wohl wird bestens gesorgt. Das Konzert beginnt um 11 Uhr. Eintritt: 8 Euro (Naturfreunde 7 Euro).

BERND MÜLLER

## Barnimer Bürgerpost

### Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)  
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

Kontonummer  Bank  Bankleitzahl

Name, Vorname  Straße, Hausnummer

PLZ, Ort  Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:  Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

**Coupon senden an:** Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde  
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

## impresum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.

**anschrift:** Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

**telefon:** (0 33 34) 35 65 42

**telex:** (0 18 05) 22 10 40 973

**e-mail:** redaktion@barnimer-buergerpost.de

**bbpforum:** <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

**redaktion:** Gerd Markmann

**fotografie:** Archiv, R. Behm, K. Oehler, A. Triller (2), B. Weitermann

**druckerei:** Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18

**redaktions-schluß:** 7. August 2010

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 2.9.2010, 12 Uhr.